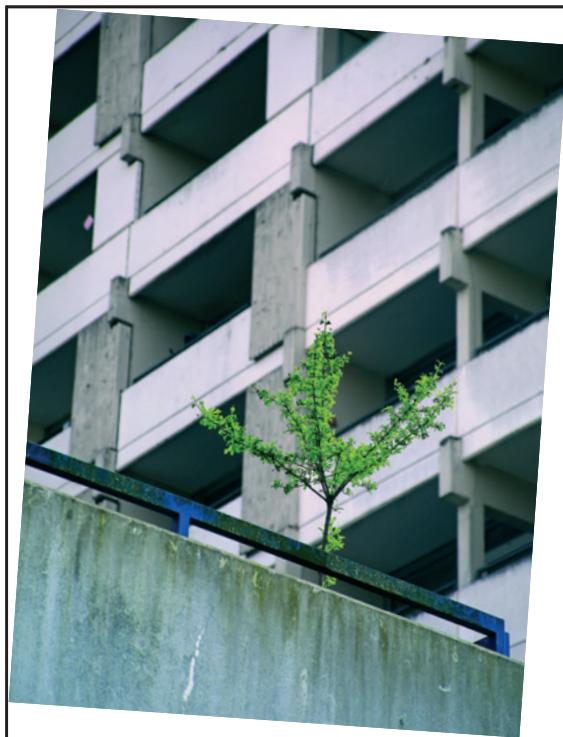


UNI-READER

VERSTEHEN ODER VERKAUFEN



ZWISCHEN ERKENNTNISSUCHE
UND SACHZWANG IN DER
KAPITALISTISCHEN WISSENSGESELLSCHAFT

Uni-Reader

Verstehen oder Verkaufen

Zwischen Erkenntnissuche
und Sachzwang in der
kapitalistischen Wissensgesellschaft

IMPRESSUM

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) der Universität Göttingen
Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) der Universität Frankfurt am Main
Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen

Verantwortlich im Sinne des § 18 Abs. 1 MStV:
Anna Meier, Rote Straße 15, 37073 Göttingen

Oktober 2025

Titelfoto © Rainer Recke/fotografik
Druck: AktivDruck Göttingen



Inhalt

Einleitung

4

Kapitalismus als Wissensgesellschaft

Die Universität im Zentrum innerkapitalistischer Widersprüche	6
Die Durchsetzung des Kapitalismus	7
Kapitalismus: Eine abstrakt-veräußerlichte Beziehung zwischen vereinzelten Individuen	8
Verwissenschaftlichung und Wachstum	10
Die mikroelektronische Revolution und der Aufstieg der Finanzmärkte	12
Allgemeine Arbeit als Basis des neuen Akkumulationsregimes	14
Digitaler Kapitalismus und Wissensökonomie	15
Transformation von Lernen, Lehren und Arbeiten	16
Bildung und Wissenschaft im Widerspruch	18

Die Rechnung bitte

Die Inflation, woher sie kommt und warum sie aus einem veränderten Kapitalismus entspringt	20
Das Scheitern der quantitativen Geldtheorie	20
Die Ware Energie	21
Tank statt Teller: Wenn Nahrungsmittel als Waren produziert werden	24
Die Ware Wohnen	25
Gegen die Warenform in den öffentlichen Infrastrukturen!	26

Klima-Crash im Elfenbeinturm

Wie Wirtschaft und Wissenschaft an der Klimakrise scheitern	29
Kapitalismus und Wachstum	30
Kapitalismus und Externalisierung	33
Kapitalistisches Naturmanagement	35
Kapitalismus und Wissenschaft	36
Was passiert, wenn die Politik wissenschaftliche Erkenntnisse anwendet	38

Wem gehört die Vernunft?

Wissenschaft, patriarchale Arbeitsteilung und die Konstruktion von Geschlecht	43
Kapitalismus und das moderne Patriarchat	44
Identität, Körper, Natur	45
Die männliche Wissenschaft	47
Gewalt und Phantombesitz	48
Geschlecht, Begehren und Identität	49
Geschlechterverhältnis in der Postmoderne	50

Die globale autoritäre Formierung

Deregulierung, sozialer Kahlschlag und die wandelnde Rolle des Staates	53
Die Nation, eine „natürliche“ Weise des Menschseins?	53
Demokratie und Staat im Zeitalter der Massenarbeit	55
Wissen und der Beginn der Krise der Demokratie	57
Die Abstiegsgesellschaft	58
Die autoritäre Krisenerzählung	60
Antiautoritäre Alternativen	62

Einleitung

Stell dir vor wir würden nur studieren, weil wir mehr verstehen wollen - die Welt, die Gesellschaft, vielleicht auch uns selbst. Eigentlich sollte das im Zentrum stehen: die Lust am Lernen, an neuer Erkenntnis, an kritischem Denken. Und gerade in einer sogenannten „Wissensgesellschaft“ müsste genau das doch einen besonders hohen Stellenwert haben. Schließlich wird überall betont, wie wichtig Wissen für Zukunft, Fortschritt und persönliche Entwicklung sei.

Doch die Realität an der Uni sieht oft anders aus. Statt genügend Zeit zu haben, um uns kritisch mit der Welt auseinanderzusetzen, müssen wir uns zunehmend fragen, wie wir über die Runden kommen. Miete, Essen, Strom, Semesterbeiträge – alles wird teurer. Viele von uns sitzen nicht in der Bibliothek, sondern an der Supermarktkasse oder radeln für den Lieferdienst, um das Studium überhaupt finanzieren zu können. Statt mit freiem Kopf zu lernen, hetzen wir von Job zu Job und bleiben erschöpft zurück. Und so wird das, was im Mittelpunkt stehen sollte, permanent verdrängt: die Chance auf Bildung und die Hoffnung, „wirklich“ zu studieren. Das nervt – und schreit nach einer Antwort auf die Frage, warum das eigentlich so ist.

Dieser Reader will dir darauf keine billigen Antworten liefern. Er will keine moralischen Appelle („lerne härter, sei flexibler, lebe selbstbestimmter, kaufe nachhaltiger“) herunterbeten. Stattdessen soll er helfen, eine Sprache für das zu finden, was viele von uns längst spüren: Dass hinter all dem Stress, den steigenden Mieten, dem Leistungsdruck an der Uni und den immer neuen Krisenerscheinungen eine gemeinsame Logik steckt – die Logik des Kapitalismus.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Wissen zwar ständig beschworen wird, in der aber Wissen nicht frei zugänglich ist, sondern zur Ware wird. Wir studieren an einer Universität, in der Bildung nicht in erster Linie der Selbstbestimmung dient, sondern als „Investition ins Humankapital“ zur Ausbildung für den Arbeitsmarkt verkommt. Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen der Rede von der Wissensgesellschaft und den ökonomischen Realitäten dieser Gesellschaft. Zunächst geht es ums „Verstehen“, am Ende hingegen immer nur ums Verkaufen. Warum das so ist, möchten die Texte in diesem Reader beleuchten.

Dabei geht es nicht um trockene Theorie, sondern um das Begreifen unserer eigenen Lebensbedingungen in ihrem Zusammenhang. Warum steigen die Mieten und die Energiepreise? Warum fühlen sich Studium und Arbeit zunehmend fremdbestimmt an, auch wenn man offiziell „frei wählen“ darf? Warum schafft es die Gesellschaft nicht, das Wissen über die Klimakrise konsequent umzusetzen? Warum halten sich veraltete Geschlechtervorstellungen derart hartnäckig? Warum finden autoritäre Krisenlösungen immer wieder gesellschaftlichen Mehrheiten, während solidarische Lösungsansätze immer wieder versanden?

Der Reader versteht sich nicht als abgeschlossenes Lehrbuch, sondern als Werkzeugkasten. Du kannst chronologisch lesen oder dort einsteigen, wo dich die Fragen am meisten packen – ob beim Blick auf die digitale Ökonomie, auf Geschlechterverhältnisse, auf steigende Preise, auf die Klimakrise oder auf die Autoritarisierung der Gesellschaft. Entscheidend ist: Alle diese Themen hängen zusammen, weil sie Ausdruck derselben gesellschaftlichen Struktur sind.

Wir wünschen uns, dass du beim Lesen nicht nur Aha-Momente hast, sondern auch Lust bekommst, weiterzudenken, zu diskutieren und Widerspruch einzulegen – sei es im Seminar, in politischen Gruppen oder einfach am Küchentisch mit Freund:innen. Es geht nicht darum, dass du allem zustimmen musst. Sonder darum, zu verstehen, wie sehr unsere Alltagserfahrungen mit größeren gesellschaftlichen Prozessen verknüpft sind.

Kurz gesagt: Dieser Reader will keine fertige Weltanschauung liefern – er will eine Brille anbieten, die helfen kann, die Welt klarer, in ihren Widersprüchen und kritischer zu sehen. Er möchte Anregungen geben, um neue Debatten und Perspektiven für eine kritische Analyse der Gegenwartsgesellschaft zu entwickeln. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine anregende Diskussion.

Kapitalismus als Wissensgesellschaft

Die Universität im Zentrum innerkapitalistischer Widersprüche

Alle sprechen heute von der Wissensgesellschaft¹ – egal ob in Politik, Wirtschaft oder an der Uni. Klar ist: Wissen spielt eine zentrale Rolle in unserem Alltag. Aber was genau bedeutet das eigentlich für uns und die Welt, in der wir leben?

Neben dem Begriff Wissensgesellschaft hört man auch oft, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, dass unsere Gesellschaft sich also als „Kapitalismus“ bestimmen lässt. Bis vor etwa zwanzig Jahren galt es zumindest in Deutschland als verpönt, vom Kapitalismus zu sprechen. Viel eher war die Rede davon, dass wir in einer Sozialen Marktwirtschaft leben, von Kapitalismus also gar keine Rede sein könne.

Ein Missverständnis könnte darin liegen, den Kapitalismus mit seiner frühen Form, dem sog. Manchester-Kapitalismus², zu verwechseln. Diese Phase war durch weitgehend unregulierte Arbeitsverhältnisse und eine weitgehende Rechtlosigkeit der Arbeiter:innen bestimmt. Da in der Sozialen Marktwirtschaft die Arbeitsverhältnisse rechtlichen und tarifvertraglichen Beschränkungen unterliegen und die Arbeiter:innen als kollektive Verkäufer:innen ihrer Ware, der Arbeitskraft, anerkannt sind, hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dies sei kein Kapitalismus mehr. Kapitalismus bedeutet aber mehr als nur die uneingeschränkte Freiheit der Unternehmer:innen. Er beschreibt ein gesellschaftliches System, das auf der Produktion von Waren beruht und die Menschen in Anhängsel einer selbstzweckhaften Vermehrung von Geld verwandelt. Daher hat der Kapitalismus auch seinen Namen: Geld, das sich vermehrt und vermehren muss, wird in der kritischen Theorie der Gesellschaft Kapital

1 Mit dem Begriff „Wissensgesellschaft“ ist gemeint, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der „Wissen“ auf die eine oder andere Weise eine zentrale Rolle spielt und das nicht nur das gesellschaftliche, sondern auch unser individuelles Weiterkommen auf dem ständigen Erwerb von neuem Wissen beruht.

2 Der Begriff Manchester-Kapitalismus geht auf Friedrich Engels zurück. Er bezieht sich auf den Kapitalismus der Industrialisierung in England. Manchester war damals das wirtschaftliche Zentrum.

genannt. Am Ende läuft es oft darauf hinaus: Arbeiten, um zu arbeiten, und Geld verdienen, um noch mehr Geld zu verdienen – das ist die zentrale Logik des Kapitalismus. Und die hat viel zu tun mit der Rolle, die Wissen in unserer Gesellschaft einnimmt. Grund genug, hier genauer hinzusehen.

Die Durchsetzung des Kapitalismus

Ein entscheidender Schritt zur Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft war ein Prozess, den Sozialwissenschaftler:innen oft als „Entbettung“ bezeichnen.³ Was geschah damals? Mehrere eng miteinander verbundene Entwicklungen haben diese Zeit geprägt.

Zum einen brauchten die Herrschaftshäuser in Europa zur Erhaltung ihrer Macht mehr militärische Power und setzten deshalb zunehmend auf Söldnerheere statt darauf, Bauern oder Leibeigene zu rekrutieren. Diese Soldaten waren in räumlich sehr großen Gebieten unterwegs und wurden mit Geld entlohnt. Das bislang übliche System von Naturalabgaben erwies sich damit zunehmend als unbrauchbar. Und es kam zur gesellschaftlichen Durchsetzung einer Geldwirtschaft.

Gleichzeitig wurden die bisherigen, oft sehr komplexen Nutzungsrechte an Land und Wäldern in modernes Privateigentum umgewandelt. Viele Menschen verloren so ihre Lebensgrundlage und waren fortan auf sich allein gestellt.

Land und Ressourcen wurden so zu Privateigentum. Und es ist kein Zufall, dass das Wort privat vom lateinischen *privare* stammt, das so viel wie „abgesondert, beraubt, getrennt“ bedeutet. Die Menschen sind nun vom gesellschaftlichen Reichtum abgetrennt und auf sich selbst verwiesen. Privateigentum bedeutet vor allem, dass Menschen den Zugang zu den Möglichkeiten der Gesellschaft verlieren und nur noch das nutzen dürfen, was ihnen persönlich gehört. So ent-

³ Die an Marx anschließende kritische Theorie hingegen spricht von der „sog. ursprünglichen Akkumulation“. Die Formulierung geht zurück auf Adam Smith, der die Durchsetzung der kapitalistischen Weltverhältnisse als Ausdruck des besonderen Fleißes der Reichen und der besonderen Faulheit der Armen interpretierte. Marx griff die Formulierung auf und zeigte dagegen, dass die Durchsetzung der modernen gesellschaftlichen Formen auf eine Geschichte von brutaler staatlicher Gewalt verweist.

steht eine Form von Reichtum, die für alle mit Verarmung verbunden ist: Alle sind auf das eigene beschränkt und vom Rest der Welt abgeschnitten.

Und noch ein weiterer Prozess findet in dieser Zeit statt: zusammen mit der Auflösung der traditionellen Sozialbeziehungen kommt es mit der Herauslösung der Ökonomie aus der Gesellschaft auch zur Durchsetzung einer historisch neuen Vorstellung von Familie und Privatheit und zur Entstehung von Geschlechterstereotypen, die eine biologische Verknüpfung von Männlichkeit mit Aktivität und Ökonomie sowie Weiblichkeit mit Passivität und Sorge darstellen.⁴

Kapitalismus: Eine abstrakt-veräußerlichte Beziehung zwischen vereinzelten Individuen

Die moderne Gesellschaft lässt sich auf struktureller Ebene als Durchsetzung eines verallgemeinerten Warenverkehrs beschreiben. Weil nun fast alles Privateigentum ist und der direkte Zugang der Menschen zum gesellschaftlichen Reichtum versperrt wurde, mussten sich neue, indirekte soziale Beziehungen herausbilden, die regeln, wer Zugang zu den nützlichen Dingen hat. Menschen gehen also arbeiten und produzieren Waren, die sie dann gegen Geld tauschen. Auf diese Weise setzen sie sich über die Produkte ihrer Arbeit (die Waren) in eine gesellschaftliche Beziehung zueinander. Diese Beziehung nennt Karl Marx in seiner kritischen Theorie Wert.

Die Grundlage dieser Beziehung ist, dass Menschen nicht unmittelbar, sondern über die Waren miteinander verbunden sind. Weil sie ihre Beziehungen nur indirekt, über diese Dinge herstellen, wird von der Tradition der Kritischen Theorie⁵ oftmals von Verdinglichung gesprochen.

4 Vgl. hierzu ausführlich „Wem gehört die Vernunft?“ in diesem Reader; sowie Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben in: Werner Conze (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Klett 1976; sowie Heide Rosenbaum: Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Suhrkamp 1996

5 Die Kritische Theorie bezeichnet eine zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstandene

Im Kapitalismus hat Arbeit deshalb nicht in erster Linie die Funktion, nützliche Dinge herzustellen (Marx spricht hier von „konkreter Arbeit“), sondern vor allem die Aufgabe, die gesellschaftliche Vermittlung zwischen den einzelnen Menschen herzustellen („abstrakte Arbeit“). In dieser Dimension lässt sich die Arbeit als abstrakte Arbeit beschreiben. Dieser Doppelcharakter der kapitalistischen Tätigkeitsform Arbeit spiegelt sich in einem Doppelcharakter der kapitalistischen Reichtumsform. Die Dinge erscheinen uns einerseits als Gebrauchs-werte, insofern sie uns nützlich sind. Sie verfügen zudem aber über einen Tauschwert, da wir sie erst umständlich in einem Geschäft erwerben müssen.

Viele Menschen können jedoch selbst keine Waren produzieren und verkaufen, weil ihnen die nötigen Mittel wie Geld, Maschinen oder Rohstoffe fehlen. Sie stehen trotzdem nicht außerhalb der Warengesellschaft, sondern verkaufen die einzige Ware, über die sie verfügen: ihre Arbeitskraft. Diese ist untrennbar mit ihrer eigenen Person verbunden. So sind sie gezwungen, das veräußerlichte und instrumentelle Verhältnis, das Menschen zu Waren einnehmen, auch auf sich selbst anzuwenden.

Als Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft wollen sie einerseits möglichst viel Lohn für möglichst wenig Anstrengung erhalten, müssen aber zugleich hoffen, dass das eigene Unternehmen im Wettbewerb bestehen kann. Für Unternehmen wiederum ist es entscheidend, Waren mit möglichst wenig Aufwand – also mit möglichst wenig Arbeitszeit – herzustellen, um im Konkurrenzkampf zu bestehen. Das gelingt durch Rationalisierung, bessere Organisation oder neue Technik: Am Ende ist es immer eine Form von Wissen, die den ökonomischen Vorteil ausmacht.

Die Verwissenschaftlichung der Produktion spielte daher schon früh eine zentrale Rolle in der kapitalistischen Entwicklung. Zunächst waren es Einzelne, die entscheidende Neuerungen entwickelten – James Watt machte die Dampfma-schine 1764 marktreif, James Hargreaves erfand 1765 die Spinnmaschine. Im Laufe des 19. und besonders des 20. Jahrhunderts verlagerte sich die wissen-

Theorettradition, die in kritischem Anschluss an die Kapitalismuskritik von Marx versucht, kulturelle und psychosoziale Phänomene kohärent in eine gesellschaftskritische Erzählung einzubinden. Zur Einführung in die Kritische Theorie vgl. Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung. Dtv 2001

schaftliche Grundlagenforschung zunehmend an die Universitäten, wo sie zur systematischen Entwicklung neuer Produktionsmethoden beitrug. Erst in den 1880er-Jahren wurden auf dem Gebiet der Elektrizität wissenschaftliche Entdeckungen gemacht, die aus einem ausgelagerten wissenschaftlichen Komplex heraus neue, im großen Maßstab für die kapitalistische Produktion anwendbare, Technologien hervorgebracht haben (Telegraph, Glühbirne etc.). Mit diesem wissenschaftlichen Schub konnte sich der Prozess, den Marx in seiner grundlegende Studie *Das Kapital* bereits logisch vorgezeichnet hat, auch real vollziehen.

Verwissenschaftlichung und Wachstum

Der Trend zur Verwissenschaftlichung im Kapitalismus geht einher mit einem ständigen Zwang zum Wachstum. Unternehmen müssen kontinuierlich Gewinne erzielen, um in neue, leistungsfähigere Arbeitsmittel investieren zu können. Bleiben diese Gewinne aus, droht ihnen die Insolvenz – und den Beschäftigten der Verlust ihrer Arbeitsplätze.⁶ Die wechselseitige Abhängigkeit von Gewinnerzielung und Reinvestition in die Produktion ist ein zentraler Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft: Die Produktion wird zum Zweck, der sich selbst genügt und bei dem es längst nicht mehr um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse geht.

Hier hat auch die hohe religiöse Bedeutung, die die Arbeit im politischen Diskurs hat, ihre Ursache. Ebenso wie der Gelderwerb wird auch die Arbeit zu einem Selbstzweck, der (angeblich) den ganzen Menschen ausmachen soll und dem nachzukommen mit der Erfüllung ihrer innersten Wünsche einhergeht. Damit wird dann auch noch der unangenehmste und erniedrigendste Job gerechtfertigt und die Menschen werden aufgefordert, froh zu sein, ihn zu haben. Gesellschaftskritik ist deshalb nicht ohne eine Kritik der Arbeit zu haben.

Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung kommt es immer wieder zu tief-

⁶ Es gehört zu den spezifischen Dilemmata der kapitalistischen Gesellschaft, dass sie neben der Arbeit eine in vielen Fällen noch schlimmere Alternative hervorgebracht hat und das diese gerade im Fehlen der Arbeit besteht.

greifenden Sprüngen in der Produktivität, die in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften als industrielle Revolutionen bezeichnet werden. Mit jeder dieser Revolutionen verbessern sich die Möglichkeiten der effizienten Herstellung der Waren. Dadurch ergibt sich ein widersprüchlicher Effekt. Einerseits können Maschinen und neues Wissen menschliche Arbeit ersetzen, so dass die bislang hergestellten Dinge mit weniger Aufwand und so mit weniger Arbeit hergestellt werden können. Andererseits hingegen entstehen aber auch neue Produkte und Branchen, die wiederum neue Arbeitskräfte benötigen.

Die erste industrielle Revolution – bei der die Dampfmaschine hervorgebracht wurde – hat die technische Basis der Warenproduktion massiv ausgeweitet und den Kapitalismus entscheidend vorangetrieben. Es konnten nun Eisenbahnen, Dampfschiffe und schwere Maschinen gebaut und verkauft werden. Auch für die folgenden industriellen Revolutionen galt dieses Prinzip. Zwar kam es immer wieder zu schweren Krisen, wie der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre, doch konnten diese durch staatliche Eingriffe in einem überschaubaren Zeitraum aufgefangen werden.⁷

Dabei spielten bisweilen auch die Aufnahme von Krediten und ähnliche Finanzierungsstrategien eine Rolle. Sie waren jedoch eng an die Ausweitung der Warenproduktion gebunden. Die Rückzahlung von Krediten und Zinsen war nur möglich, weil die Gewinne aus der Produktion stammten. In dieser Phase stand die industrielle Warenproduktion und die damit verbundene produktive Arbeit im Zentrum des Kapitalismus. Diese Ordnung wurde jedoch ab den 1970er-Jahren durch neue Entwicklungen im Bereich des Wissens grundlegend in Frage gestellt.

⁷ Auf diese Weise ist auch die Vorstellung entstanden, der Kapitalismus sei im Wesentlichen durch das Auf und Ab von wirtschaftlichem Aufschwung und wirtschaftlichem Abschwung gekennzeichnet. Krisen, so ist seitdem zu hören, seien dem Kapitalismus immanent und hätten stets die Funktion von „Reinigungskrisen“, durch die nicht konkurrenzfähige Kapitale aus dem Rennen geworfen und die übrigen mit neuem Ehrgeiz wie gehabt weitermachen würden. Diese Beobachtung ist für die Krisenentwicklung bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts auch durchaus korrekt – zielt jedoch an dem Kern der heutigen Entwicklung vorbei. Denn der aktuelle Krisenprozess hat einen anderen Charakter als die Krisen des 19. Jahrhunderts.

Die mikroelektronische Revolution und der Aufstieg der Finanzmärkte

Nach der ersten industriellen Revolution (Dampfmaschine) und der zweiten (Elektrifizierung und Fließband) gilt die Entwicklung der Mikroelektronik als dritte industrielle Revolution. Ein entscheidender Einschnitt war hier die breite Einführung von Computern und Digitaltechnik in den 1970er-Jahren. Wie schon die vorherigen Revolutionen brachte auch diese Phase zahlreiche neue Produkte hervor – von Personalcomputern und Mobiltelefonen bis hin zu elektronisch gesteuerten Haushaltsgeräten wie Waschmaschinen oder Mikrowellen.

Gleichzeitig führte der Einsatz von Computern und Industrierobotern zu einer massiven Rationalisierung der Produktion: Immer mehr Arbeitsprozesse wurden automatisiert, sodass immer mehr Produkte mit immer weniger menschlicher Arbeit hergestellt werden konnten. So wurde die flächendeckende Anwendung des neuen Wissens in den 1970ern zum Krisenmotor. Es entstand eine Phase wirtschaftlicher Stagnation. Die Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten versuchten, wie bereits in früheren Krisen, mit höheren Staatsausgaben die Nachfrage anzukurbeln. Doch diesmal trat der erwünschte Effekt nicht ein. Durch das neu verfügbare Wissen konnten die neuen Produkte mit so wenig zusätzlicher Arbeit hergestellt werden, dass die Beschäftigung trotz staatlich angekurbelter Nachfrage zurückging. Die Wirtschaft stagnierte weiter, während das zusätzliche Geld, das in die Wirtschaft gepumpt wurde, vor allem die Preise steigen ließ. So entstand ein Phänomen, das in der klassischen Wirtschaftstheorie eigentlich nicht vorgesehen war: die sogenannte Stagflation – eine gleichzeitige Kombination aus Stillstand und Inflation.⁸

Dieser Kriseneinbruch markierte das Ende der bis dahin dominierenden keynesianischen Wirtschaftspolitik.⁹ An ihre Stelle trat der Neoliberalismus,

8 Diese Wortschöpfung verbindet die wirtschaftliche Stagnation (kein Wirtschaftswachstum) mit der Inflation (Steigerung der Preise). Letztere tritt laut neoklassischer Geldtheorie vor allem in Phasen des Aufschwungs und der Hochkonjunktur ein.

9 Der Keynesianismus geht zurück auf den liberalen britischen Ökonom John Maynard Keynes. Dieser hatte eine tiefgestaffelte politische Steuerung der Marktwirtschaft mit dem Ziel, die langfristige Stabilität des Kapitalismus zu erhöhen, vorgeschlagen. Bis in die

der vor allem auf die Öffnung und Deregulierung der Finanzmärkte setzte. Überschüssiges Kapital, das in der industriellen Produktion keine Verwendung mehr fand, wurde nun in Finanzmärkte, Immobilien und neue Anlageformen umgeleitet. Gleichzeitig wurden zahlreiche staatliche Unternehmen und Infrastrukturen privatisiert, sodass Bereiche wie Telekommunikation, Energieversorgung und Verkehr zu neuen Investitionsfeldern wurden. Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ökonomien in Osteuropa kamen weitere Privatisierungsperspektiven hinzu.

Ein zentrales Merkmal dieser neuen Phase ist die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte: Hier konnte das überschüssige Kapital, für das es in der Produktion keine rentable Anwendung mehr gab, in spekulative Anlagen investiert werden, die auf zukünftige Gewinne hoffen ließen. Damit verschiebt sich auch die Rolle des Wissens: Nicht mehr das vorhandene, in der Produktion nutzbare Wissen steht im Mittelpunkt, sondern immer stärker das prognostizierte, auf zukünftige Möglichkeiten gerichtete Wissen. Dieses noch nicht existente, in gewisser Weise fiktive Wissen soll dann – möglicherweise – in der Zukunft zur Realisierung von Geschäften genutzt werden und so satte Gewinne erwirtschaften helfen. Ganz gleich, ob es um die Besiedelung des Mars, die Endlagerung von Kohlendioxid, den Einsatz von E-Fuels im Automobilverkehr oder die Produktion selbstfahrender Autos geht – die Produktion von Finanzmarkttiteln kann auch bei unrealistischen Zukunftsprojekten bereits im Hier und Jetzt ihre Wirkung entfalten. Diese Entwicklung trägt die Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft seit einigen Jahrzehnten. Sie prägt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Organisation von Forschung, Bildung und Wissenschaft.

Dieser Zusammenhang wird in linken Diskussionen – falls überhaupt – oftmals auf eine merkwürdige Weise thematisiert. Es wird dann der Eindruck erweckt, als sei die Bedeutungszunahme der Finanzmärkte die Folge falscher Politik und die Ursache für die Schwäche der industriellen Produktion. Es ist daher wichtig, hier noch einmal festzuhalten, dass der historische Zusammenhang genau umgekehrt war: Die Bedeutungszunahme der Finanzmärkte war die Lösung, die sich der Politik für die Krise in der industriellen Produktion aufgedrängt hat.

1970er-Jahre orientierten sich nahezu alle Regierungen in marktwirtschaftlich organisierten Ökonomien an seinen Prinzipien

Allgemeine Arbeit als Basis des neuen Akkumulationsregimes

Die Veränderungen seit den 1970er-Jahren lassen sich auch mit Begriffen der politischen Ökonomie beschreiben. Bis zur Krise des Fordismus¹⁰ war der vorherrschende Typus von Arbeit, wie Marx ihn nennt, die „Privatarbeit“. Damit ist Arbeit gemeint, die direkt auf die Herstellung konkreter Dinge zielt, deren Ergebnis eindeutig einer Person oder einem Betrieb zugeordnet werden kann. Zum Beispiel: Wer Hemden näht, produziert ein klares Produkt, das verkauft und damit aus dem Eigentum einer Person in das einer anderen übergeht. Es ist völlig klar und einsichtig, welche Arbeitstätigkeit hier zu welcher Ware gehört bzw. wie viel Arbeit für die Herstellung der Ware benötigt wurde.

In der heutigen Wirtschaft spielen solche Tätigkeiten zwar weiterhin eine Rolle, doch sie sind nicht mehr das Zentrum der Unternehmensaktivitäten. Viel wichtiger sind inzwischen Aufgaben, die den Rahmen für Produktion und Verkauf schaffen: etwa die Beobachtung von Märkten, die Entwicklung neuer Produkte oder das Erarbeiten von Werbe- und PR-Strategien. Diese Tätigkeiten sind für den Markterfolg unerlässlich, gehören aber nicht mehr direkt zur Herstellung eines einzelnen Produkts. Sie fallen unabhängig davon an, wie viele Hemden tatsächlich produziert werden. Die konkrete Produktionsarbeit hingegen spielt eine immer geringere Rolle.¹¹ Denn sie wird zunehmend durch eine immer weiter fortschreitende Verbesserung der technischen Produktionsbedingungen überflüssig gemacht.

Die Tätigkeiten, die nun im Zentrum der unternehmerischen Tätigkeit stehen, sind unzweifelhaft notwendig, um das Produkt an die Leute zu bringen. Nur:

10 Der Begriff „Fordismus“ geht zurück auf den Industriellen Henry Ford, der als einer der ersten die systematische Nutzung von Fließbändern mit vergleichsweise hohen Löhnen kombinierte. Diese Konstellation führte gesamtgesellschaftlich zu einer Phase, in der eine Ausweitung der kapitalistischen Produktion und eine Erhöhung des individuellen Konsumniveaus der Arbeiter:innen Hand in Hand gingen.

11 Diese Verschiebung ist Gegenstand vieler Ansätze in den (kritischen) Sozialwissenschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten erschienen sind. Vgl. etwa Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018, S. 181ff.; sowie Michael Hardt/ Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M./New York: Campus 2002, S. 291ff.; sowie Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle: Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast 2013, S. 52 – 105

polit-ökonomisch sind sie nicht der direkten Warenproduktion, sondern dem betrieblichen oder gar gesellschaftlichen Overhead zuzurechnen.

Marx bezeichnet diese Form von Arbeit als „allgemeine Arbeit“. Dazu zählt vor allem wissenschaftliche, erfinderische und organisatorische Tätigkeit – also alles, was nicht unmittelbar ein konkretes Produkt herstellt, sondern als gesellschaftlicher Rahmen wirkt. Allgemeine Arbeit ist oft unabhängig von der Menge oder dem Aufwand der konkreten Produktion, sie schafft vielmehr die Voraussetzungen dafür, dass Produktion und Verkauf überhaupt möglich werden. Auch wissenschaftliche Tätigkeiten, wie sie an Universitäten stattfinden, zählen zu dieser Gruppe von Tätigkeiten.

Heute prägt diese allgemeine Arbeit unsere Ökonomie: Sie ist die Grundlage für die Sicherung von Absatzmärkten, die Erfindung neuer Geschäftsmodelle und die ständige Anpassung an sich verändernde Trends. Damit kommt es zu Verschiebungen innerhalb der gesellschaftlichen Rolle der Arbeit. Für die einzelnen Individuen ist das Prinzip Arbeit zum Lebenserhalt nach wie vor zentral - doch innerhalb des wirtschaftlichen Prozesses spielt die klassische, direkt auf die Produktion individueller Waren bezogene Privatarbeit eine nurmehr untergeordnete Rolle.

Digitaler Kapitalismus und Wissensökonomie

Auch bei digitalen Produkten zeigt sich eine grundlegende Veränderung gegenüber der klassischen Warenproduktion. Wenn eine Firma beispielsweise ein Office-Paket entwickelt, dann ist es ja keineswegs so, dass sie dies in klassischer Weise an uns „verkaufen“ würde. Stattdessen wird eine digitale Vorlage – eine Art Blaupause – erstellt, die dann beliebig oft und ohne zusätzlichen Arbeitsaufwand vervielfältigt und online verteilt werden kann. Das bedeutet: Die konkrete Arbeit steckt in der Entwicklung und Konzeption, nicht aber in der Vervielfältigung des Produkts selbst. Dadurch gerät die traditionell-kapitalistische Warenproduktion, in der Arbeit und Produkt direkt miteinander verknüpft sind, ins Wanken. Die gesellschaftliche Ordnung, die auf dem Kauf und Verkauf

klar zurechenbarer Arbeitsleistungen basiert, gerät so in eine Krise.¹²

In diesem „digitalen Kapitalismus“ sind verschiedene Formen von allgemeiner Arbeit – wie Forschung, Entwicklung, Marketing oder Organisation – eng mit den Erwartungen an zukünftige Gewinne verbunden, die vor allem an den Finanzmärkten gehandelt werden. Besonders deutlich wird das bei vielen Hightech-Start-ups: Sie entwickeln eine Idee, sammeln in mehreren Finanzierungsrounden Geld ein und verkaufen dabei vor allem Anteile und Zukunftsversprechen – oft, bevor überhaupt ein fertiges Produkt existiert. Die so gewonnenen Mittel werden in die Entwicklung und Markteinführung investiert. Sobald das gelungen ist, wird das Projekt verkauft und aus den Gewinnen werden die Programmierer:innen und Tech-Ingenieur:innen ausgezahlt. Das kann unter Umständen zu einem Zeitpunkt passieren, an dem noch kein digitaler Gebrauchswert geschaffen, geschweige denn ein unternehmerischer Gewinn erzielt wurde. Im Zentrum steht hier also nicht mehr die materielle Produktion von Waren, sondern ein vielschichtiges System, das auf der Kapitalisierung von Zukunftserwartungen basiert. Wissen, Innovation und die Fähigkeit, mögliche zukünftige Entwicklungen zu antizipieren, werden damit zur wichtigsten Ressource und zum tatsächlichen Motor der kapitalistischen Dynamik.

Transformation von Lernen, Lehren und Arbeiten

Diese Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wirken sich direkt auf unser Leben aus. Die Art, wie gearbeitet, gelernt und gelehrt wird, hat sich grundlegend gewandelt.

Während sich in der Frühphase des Kapitalismus in den Betrieben personalisierte Befehlsketten herausgebildet haben und Anweisungen von oben kamen, werden heute viele Entscheidungen und Verantwortlichkeiten in die Belegschaft verlagert.

Arbeitsprozesse werden zunehmend durch Zahlen, Kennwerte und sogenannte „Benchmarks“¹³ organisiert, also durch Vergleichsmaßstäbe, die Leistung messen.

12 Vgl. „Die globale autoritäre Formierung“ in diesem Reader

13 Eine Benchmark ist ein Vergleichsmaßstab oder Referenzwert, der als Grundlage für Leistungs-

bar machen sollen. Dadurch werden die abstrakten Zwänge des Kapitalismus – etwa der ständige Druck zur Effizienzsteigerung – für die Beschäftigten immer spürbarer. Und es wird deutlich, dass sie nicht der Willkür der Vorgesetzten, sondern dem Selbstzweckprozess der Kapitalverwertung entspringen.

Klassische linke Ansätze tun sich mit dieser Verschiebung jedoch schwer. Weil keine direkte Anweisung von einem physisch wahrnehmbaren Vorgesetzten kommt, erscheint die Übertragung der Kontrolle auf digitale Plattformen manchmal als emanzipativer Fortschritt gegenüber der alten, persönlichen Hierarchie. Die Anweisungen kommen anonymisiert, scheinbar objektiv und lassen sich oft flexibel ein- und ausschalten – das wirkt wie Autonomie. Auf diese Weise werden jedoch die strukturellen Zwänge der Märkte ausgeblendet und das neoliberalen Versprechen von flachen Hierarchien und Selbstbestimmung scheint sich zu realisieren. Doch das ist eine Ideologie. Es waren schon immer die anonymen Strukturen kapitalistischer Herrschaft, denen die Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft untergeordnet waren. Hier zeigt sich, dass der traditionelle, personalisierte Klassenkampfdiskurs traditioneller Linker nicht in der Lage ist, die Arbeits- und Lebensverhältnisse auf der Höhe der Zeit zu kritisieren.

Diese Verschiebungen haben auch die Universitäten erfasst. Seit den 2000er-Jahren werden Hochschulen zunehmend wie Unternehmen geführt: Sie bieten „Bildungsdienstleistungen“ und Zertifikate an, konkurrieren um Fördergelder und müssen sich am Markt behaupten. Professor:innen und Dozierende verbringen immer mehr Zeit mit der Organisation von Projekten und der Einwerbung von Drittmitteln, statt mit Forschung und Lehre. Auch Studierende werden zunehmend aufgefordert, sich als „Humankapital“¹⁴ zu betrachten – als Menschen, die in ihre Ausbildung investieren, um später für den Arbeitsmarkt möglichst attraktiv zu sein. Wer den Universitätsbesuch als Investition in ihre Zukunft begreift, kann sich schon einmal daran gewöhnen, dass die eigene Existenz, auch in der beruflichen Zukunft, auf die Rolle eines Anhängsels im gesellschaftlichen Maschinensystem reduziert wird.

vergleiche dient. Solche Maßstäbe wurden in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen, nicht zuletzt auch im universitären Kontext eingeführt

¹⁴ Der Begriff wird genutzt, um den „Wert“ von Menschen für Unternehmen und Volkswirtschaften zu beschreiben, wobei er die Bedeutung von Bildung auf deren Funktion zur Ausbildung der Ware Arbeitskraft reduziert. Nicht zu Unrecht wurde er im Jahr 2004 zum Unwort des Jahres gewählt.

Bildung und Wissenschaft im Widerspruch

Sicherlich: Der Kapitalismus hat das Wissen der Menschheit über ihre Lebensbedingungen enorm erweitert. Doch sein Anspruch, eine echte Wissensgesellschaft zu sein, steht auf wackligen Beinen. Denn Wissenschaft wird heute nicht primär betrieben, um gemeinsam neue Erkenntnisse zu gewinnen, sondern um die Vorgaben von Forschungsförderern, Promotionsgremien oder Ministerien zu erfüllen und so den Geldfluss zu sichern. Dafür müssen Wissenschaftler:innen ihr Wissen als Privateigentum behandeln – es wird nicht als gemeinsames Gut verstanden, sondern als Ware, aus der sich ein Geschäftsmodell entwickeln lässt. Wer es schafft, das eigene Wissen erfolgreich zu kommerzialisieren, kann davon möglicherweise profitieren.¹⁵ Doch zugleich werden so die Potentiale einer offenen, gemeinschaftlichen Lern- und Forschungspraxis unterlaufen.

Das bedeutet freilich auch, dass Wissen nicht als allgemeines und zugängliches Gut behandelt wird, von dem alle Menschen profitieren können. Stattdessen wird es zum Privileg derer, die es schließlich schaffen, daraus ein Geschäftsmodell zu machen. Auf diese Weise werden die vielfältigen Möglichkeiten, die eine wissenszentrierte, an gemeinsamen Forschungsfragen orientierte Wissenschaft bieten würde, strukturell unterlaufen.

Die Warenlogik prägt auch das Selbstverständnis vieler Studierender. Die Universität erscheint nicht mehr als Ort der Selbstermächtigung oder freien Entfaltung, sondern als günstige Gelegenheit, das eigene „Humankapital“ zu steigern – also die eigene Arbeitskraft für den späteren Verkauf am Arbeitsmarkt aufzuwerten. Eigene Wünsche, Ideen und Vorstellungen spielen dabei kaum eine Rolle. Das ist kein Naturgesetz, sondern die Folge einer Gesellschaft, in der Menschen zu isolierten Konkurrenzsubjekten werden und ihre Gesellschaftlichkeit nur noch in der ungesellschaftlichen Form der Privatheit (und damit der Abgetrenntheit von der restlichen Welt) erfahren.

Bildung und Wissenschaft könnten mehr sein: ein Raum gemeinsamer Suche nach Erkenntnis, ein Ort solidarischer Entwicklung. Diese Möglichkeiten bleiben jedoch im kapitalistischen Rahmen strukturell beschränkt. Eine echte

¹⁵ Sie bezahlen den relativen ökonomischen Erfolg in aller Regel allerdings mit überlangen Arbeitstagen und nervenaufreibendem Projektmanagement.

Wissensgesellschaft müsste diese Widersprüche überwinden und Bildung wie Wissenschaft als gemeinsames, solidarisches Projekt begreifen – jenseits von Marktlogik und Konkurrenz.

Kurzum: Bildung und Wissen dürfen keine Ware sein!

Weiterführende Literatur:

Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (2010): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast

Moishe Postone (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg: Ca Ira

Robert Kurz (1999): Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Ullstein: München

Norbert Trenkle (2018): Workout. Die Krise der Arbeit und die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft

Julian Bierwirth (2009): Thesen zu Vergangenheit und Zukunft der Bildung

Norbert Trenkle (1990): Die Wissenschaftsfabrik entlässt ihre Kinder. Technokratische Massenuniversität und neue Studentenbewegung

Links zu den einzelnen Texten sowie weitere Empfehlungen in Audio- und Videoformat finden sich auf der Website uni-reader.de



Die Rechnung bitte

Die Inflation, woher sie kommt und warum sie aus einem veränderten Kapitalismus entspringt

Steigende Preise sind kein abstraktes Thema in den Nachrichten – sie prägen den Alltag von Studierenden in Deutschland ganz konkret. Ob Miete, Mensa, Energie oder Mobilität: In nahezu allen Lebensbereichen müssen wir immer tiefer in die Tasche greifen, während staatliche Hilfen oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben. Die Inflation trifft uns besonders hart, weil unsere finanziellen Spielräume ohnehin eng sind und viele von uns auf Nebenjobs, BAföG oder familiäre Unterstützung angewiesen sind. Die Folgen sind spürbar: Immer mehr Studierende geraten unter Druck, müssen ihre Ausgaben einschränken oder zusätzliche Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen.

Doch wie kommt es eigentlich zu dieser Entwicklung? Im Kern liegt das Problem darin, dass wir die Dinge unseres täglichen Bedarfs – Wohnraum, Energie, Lebensmittel – als Waren am Markt erwerben müssen. Und deren Preise steigen stetig an. Die Volkswirtschaftslehre spricht hier von Inflation und scheitert an dem Versuch, sie begrifflich auf den Punkt zu bringen. Wir werden uns deshalb zunächst kurz ansehen, warum viele politische und volkswirtschaftliche Analysen an der Erklärung der Inflation (die sog. „Geldtheorien“) scheitern. Anschließend beleuchten wir exemplarisch die zentralen Waren – Energie, Lebensmittel, Wohnraum –, mit denen wir als Studierende täglich konfrontiert sind, und analysieren, wie und warum deren Preise so stark angestiegen sind. Wer sich für die Auseinandersetzung mit der Geldtheorie nicht interessiert, kann den entsprechenden Abschnitt auch gerne überspringen.

Das Scheitern der quantitativen Geldtheorie

Preise sind nie einfach nur Zahlen, sondern drücken immer das Verhältnis von Waren zueinander aus. Ein Konsumgut – etwa ein Tisch – drückt seinen Wert in einer allgemeinen Ware, dem Geld, aus. Wenn sich der Preis eines Tisches von 100 auf 200 Euro erhöht, kann das zwei Ursachen haben: Entweder ver-

ändern sich die Produktionsbedingungen des Tisches, oder es verändert sich etwas auf der Seite des Geldes. Im ersten Fall müssen wir die Veränderungen bei den konkreten Waren beleuchten, zweiten Fall braucht es eine Geldtheorie, um die Preissteigerung zu erklären.

Die in der Volkswirtschaftslehre lange vorherrschende Erklärung ist die sogenannte quantitative Geldtheorie. Ihr Grundgedanke ist simpel: Inflation entsteht, wenn die Geldmenge schneller wächst als die Menge der gehandelten Waren. Solange Geld und Warenmenge im Gleichgewicht sind, bleiben die Preise stabil. Gibt es aber zu viel Geld für zu wenige Waren, steigen die Preise – so die Theorie. Mit diesem Herangehen ließ sich auf die Inflation im Deutschland der 1920er-Jahre und die Stagflation der 1970er-Jahre zurückführen.¹⁶ Deshalb sind diese Theorien bis heute sehr populär.

Doch die gesellschaftlichen Verschiebungen der letzten Jahre stellt diese Theorie in Frage. Trotz massiver Ausweitung der Geldmenge durch die Zentralbanken nach der Finanzkrise 2007/2008 – Stichwort „Quantitative Easing“ – blieb der große Inflationsschub zunächst aus. Die Preise zogen erst viele Jahre später an. Und dann auch nicht gleichmäßig, sondern vor allem in einzelnen Sektoren wie Energie und Wohnen sowie bei Lebensmitteln. Das widerspricht der Annahme, dass eine gesteigerte Geldmenge automatisch und überall zu Inflation führen müsse. Es zeigt sich, dass die Inflation der letzten Jahre mit der vorherigen Phase lockerer Geldpolitik wenig zu tun hat. Wir brauchen deshalb auch keine Geldtheorie, um die Preissteigerungen zu erklären. Wir müssen vielmehr analysieren, unter welchen Bedingungen sich die Entstehung der Preise der konkret betroffenen Waren verschoben hat. Schauen wir uns das also an.

Die Ware Energie

Die Ursachen der steigenden Energiepreise liegen direkt im Warencharakter und der spezifischen Marktkonstruktion dieses Sektors. Seit den 1980er-Jahren wurde die Energieversorgung zunehmend privatisiert, um neue Investitionsmöglichkeiten für überschüssiges Kapital zu schaffen.¹⁷ Am Beispiel der Strom-

16 Vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader

17 Vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader.

versorgung lässt sich das besonders gut nachvollziehen: Mit der Marktöffnung in den 1990er-Jahren wurde der Energiesektor in verschiedene Unternehmen aufgespalten – von der Stromerzeugung über den Netzbetrieb bis zur lokalen Versorgung. Damit entstand ein komplexes System, das nicht nur technische Koordination, sondern auch die Einbindung aller Akteure in einen gewinnorientierten Markt erforderte.

Damit ging eine Ausweitung der staatlichen Regulation in diesem Bereich einher. Denn die vielen neuen Unternehmen mussten sich nicht nur so koordinieren, dass am Ende genug Strom durch die Leitung fließt, sondern zudem in einen Markt eingebunden werden, der allen ihre anvisierten Gewinne ermöglicht.

Dadurch entstand das sogenannte Merit-Order-System. Dahinter steckt eine eigentlich einfache Logik: Um den Strombedarf zu decken, werden zuerst die Kraftwerke eingesetzt, die am günstigsten Strom produzieren können – zum Beispiel Wind- und Solarkraftwerke, die ihren Strom besonders günstig anbieten können. Reicht deren Strom nicht aus, werden nach und nach teurere Kraftwerke zugeschaltet, etwa Kohle- oder schließlich Gaskraftwerke.

Entscheidend ist dabei: Weil Strom als Ware gehandelt wird, braucht es einen einheitlichen Marktpreis, zu dem alle Anbieter verkaufen und alle Nachfrager kaufen können. Dieser Preis richtet sich nach dem teuersten Kraftwerk, das gerade noch benötigt wird, um den gesamten Strombedarf zu decken. Das bedeutet: Auch wenn der größte Teil des Stroms günstig produziert wurde, bestimmt das teuerste noch zugeschaltete Kraftwerk den Preis für alle. Steigen zum Beispiel die Gaspreise stark an und werden deshalb teure Gaskraftwerke gebraucht, erhöht sich dadurch der gesamte Strompreis – unabhängig davon, wie günstig der übrige Strom erzeugt wurde. So kam es 2022 dazu, dass die Strompreise insgesamt explodierten, obwohl nur ein kleiner Teil des Stroms aus Gas erzeugt wurde: Weil die Gaskraftwerke als teuerste Kraftwerke gebraucht wurden, mussten alle Verbraucher:innen diesen hohen Preis zahlen.

Vor der Liberalisierung war Strom zwar bereits eine Ware, doch regionale Versorger – meist kommunale Stadtwerke – konnten durch die Kalkulation von Durchschnittspreisen Preisspitzen für Endverbraucher:innen abfedern. Diese

Pufferfunktion war möglich, weil die gesamte Produktions- und Versorgungsstruktur in öffentlicher Hand lag und das Ziel der Daseinsvorsorge im Vordergrund stand. Mit der Privatisierung und Marktoffnung seit den 1990er-Jahren wurde diese Funktion weitgehend aufgegeben – und das nicht zufällig, sondern als Reaktion auf die Krisenerscheinungen der 1970er-Jahre mit dem Ziel, neue Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital zu schaffen.¹⁸ Die Aufspaltung der Energieversorgung in zahlreiche gewinnorientierte Unternehmen ermöglichte es privaten Akteuren, in den Markt einzusteigen und Renditen zu erzielen. Damit wurde das Interesse an stabilen, sozial verträglichen Preisen zugunsten von Profitinteressen zurückgedrängt, und die Verbraucher:innen sind heute den vollen Ausschlägen des Marktes ausgesetzt.

Doch warum sind die Gaspreise in dieser Zeit überhaupt angestiegen? Als Grund wird hier oftmals der russische Angriffskrieg auf die Ukraine angeführt. Das greift jedoch zu kurz: Die Gaspreise an den europäischen Börsen stiegen nicht in erster Linie wegen realer Knappheiten, sondern vor allem aufgrund von Erwartungen zukünftiger Lieferprobleme. So erfolgte einer der wesentlichen Preissprünge nach der Sprengung einer Pipeline, die gar nicht zur Gasversorgung genutzt wurde. Hier sorgte das Zeichen, dass eine weitere Verknappung jederzeit möglich ist für eine Verschiebung der Zukunftserwartungen an den Großhandelsmärkten.

Die aktuellen Preissteigerungen im Energiebereich sind daher keineswegs nur eine kurzfristige Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, auch wenn dieser Konflikt die Preise zeitweise sprunghaft ansteigen ließ. Vielmehr wirken im Hintergrund mehrere langfristige Trends, die auf eine dauerhafte Phase hoher Energiepreise und damit auf eine anhaltende Belastung für Verbraucher:innen hindeuten. Ein zentraler Faktor ist die zunehmende Verknappung fossiler Energieträger: Je mehr leicht zugängliche Öl- und Gasquellen erschöpft sind, desto aufwendiger und teurer wird deren Förderung. Unkonventionelle Methoden wie Fracking oder die Gewinnung von Ölschiefer werden dadurch attraktiver, bringen aber nicht nur höhere Kosten, sondern auch erhebliche Umweltbelastungen mit sich.

Hinzu kommt, dass die zentralen politischen Player gezielt auf eine Verteuerung von Energie setzen, um klimapolitische Ziele zu erreichen. Maßnahmen wie die CO₂-Bepreisung sollen Anreize schaffen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen. Diese Kosten werden jedoch letztlich auf die Endverbraucher:innen abgewälzt, was deren finanzielle Belastung zusätzlich erhöht.¹⁹ Auch hier zeigt sich, dass die Logik der Ware sich als völlig ungeeignet erweist, um die Probleme in den Griff zu bekommen, vor denen die Gesellschaft steht.

Tank statt Teller: Wenn Nahrungsmittel als Waren produziert werden

Die Preissteigerungen im Energiebereich haben sich unmittelbar auf viele andere Bereiche der Konsumgüterproduktion ausgewirkt – besonders deutlich wird das bei den Nahrungsmitteln. Für deren Herstellung wird nicht nur viel Energie benötigt, etwa für den Betrieb von Maschinen, die Düngemittelproduktion oder den Transport, sondern auch zentrale Grundstoffe der Nahrungsmittelproduktion werden heute an internationalen Börsen gehandelt. An diesen sogenannten Wareterminbörsen werden Produkte wie Weizen, Mais, Soja oder Raps als standardisierte Waren gehandelt. Das Besondere: Die Preisbildung an diesen Börsen ist weniger von realen Knappheiten bestimmt, sondern vielmehr von Erwartungen und Spekulationen über zukünftige Entwicklungen. Schon die bloße Vermutung, dass es in Zukunft zu Engpässen kommen könnte – etwa durch schlechte Ernten, politische Krisen oder Handelskonflikte – kann die Preise deutlich in die Höhe treiben. Auf diese Weise wirkt der Marktmechanismus als eine Wette auf die Zukunft. Es sind nun weder reale Knappheiten noch steigende Produktionskosten, die Preise in die Höhe schnellen lassen. Stattdessen lassen dann Vermutungen über zukünftige Entwicklungen die Preise in die Höhe schnellen.²⁰

19 Vgl. „Klimacrash im Elfenbeinturm“ in diesem Reader

20 Solche „Wetten“ auf die Zukunft stellen heutzutage einen zentralen Mechanismus zur Anhäufung von Kapital dar. Vgl. dazu „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader.

Hinzu kommt, dass die landwirtschaftliche Produktion immer ein begrenztes Stück Erdoberfläche angewiesen ist – und diese Flächen geraten zunehmend unter Druck. Einerseits konkurrieren verschiedene Nutzungsformen um denselben Boden: Böden, die bislang für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wurden, werden immer häufiger für die Energieerzeugung (etwa durch den Anbau von Energiepflanzen für Biosprit oder durch die Installation von Solarparks) oder für neue Industrie- und Infrastrukturprojekte verwendet. Dadurch verringert sich die für den Anbau von Lebensmitteln verfügbare Fläche, was die Preise weiter steigen lässt. Die Konkurrenz um landwirtschaftliche Flächen wird durch die Klimakrise zusätzlich verschärft, da Dürreperioden, Extremwetter und sinkende Erträge die Produktion weiter belasten.

Diese strukturellen Entwicklungen führen dazu, dass die Preise für Nahrungsmittel nicht nur kurzfristig, sondern auf längere Sicht steigen. Besonders problematisch ist dabei, dass die Preissteigerungen vor allem Grundnahrungsmittel betreffen, auf die wir zur Befriedigung unserer Grundbedürfnisse angewiesen sind. Solange die Vorstellung vorherrscht, die Klimakrise innerhalb einer auf Wachstum und Konkurrenz ausgerichteten Ökonomie zu bewältigen, wird die Flächenkonkurrenz weiter zunehmen und die strukturelle Verknappung von Lebensmitteln verschärfen. Die Folge: Gerade die Dinge, auf die wir am wenigsten verzichten können, werden immer teurer – mit gravierenden Folgen für die soziale Gerechtigkeit und die Lebensqualität vieler Menschen.

Die Ware Wohnen

Ein Bereich, in dem wir schon seit Jahren strukturelle Preissteigerungen beobachten, ist das Wohnen. Auch hier hängen die Preisanstiege eng mit dem Warencharakter von Grund und Boden zusammen. Der Begriff „Immobilien“ macht deutlich: Häuser und Grundstücke sind nicht mobil, sie sind untrennbar an ihren Standort gebunden. Das hat zur Folge, dass ihr Preis sich nicht nur aus den klassischen Produktionskosten – also Bau- und Instandhaltungskosten – zusammensetzt, sondern auch aus einer zusätzlichen Komponente: Eigentümer:innen können den Preis ihrer Immobilie erhöhen, allein weil Grund und Boden ein knappes und nicht durch Arbeit vermehrbares Gut ist. Diese Mög-

lichkeit, einen Preisaufschlag ohne zusätzliche Leistung zu verlangen, wird in der Ökonomie als „Rente“ bezeichnet.

Der besondere Charakter der Ware „Wohnen“ zeigt sich darin, dass Immobilien einerseits als Gebrauchsgut dienen – also als Wohnraum –, andererseits aber auch als Anlageobjekt für Kapital fungieren. Gerade in Zeiten, in denen die Renditen an den Finanzmärkten niedrig sind, wird es für Investor:innen attraktiver, ihr Geld in Immobilien zu stecken. Das führt zu steigender Nachfrage und damit zu höheren Preisen für Grundstücke und Häuser. Neue Eigentümer:innen erwarten, dass sich ihre Investition auszahlt, und versuchen, die Mieten entsprechend zu erhöhen. So entsteht das Phänomen der Gentrifizierung, das wir aktuell in vielen Städten beobachten: Es sind nicht reale Knappheiten an Wohnungen, sondern ein Überangebot an Kapital, das auf den Wohnungsmarkt drängt und die Preise der dort gehandelten Waren in die Höhe treibt.

Dieser Mechanismus wirkt sich nicht nur auf den Wohnungsmarkt aus, sondern auch auf die Preise von landwirtschaftlichen Flächen. Auch Ackerland wird zunehmend als Anlageobjekt betrachtet, was die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen steigen lässt. Die höheren Bodenpreise schlagen sich wiederum in den Produktionskosten für Nahrungsmittel nieder und tragen so zu den steigenden Lebensmittelpreisen bei.

Gegen die Warenform in den öffentlichen Infrastrukturen!

Die beschriebenen Mechanismen betreffen nicht nur einzelne Konsument:innen, sondern schlagen sich auch auf die gesellschaftliche Allgemeinheit nieder – etwa in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen wie Studierendenwerken, Schulen oder Universitäten. Die Preissteigerungs- und Kürzungsrunden, die uns in den kommenden Jahren bevorstehen, sollten daher auch unter dem Gesichtspunkt der Warenform öffentlicher Güter diskutiert werden: Warum steigen die Kosten für die Studierendenwerke? Warum müssen Menschen plötzlich deutlich mehr für Energie und Lebensmittel bezahlen? Die Antwort liegt auf der Hand: Weil auch diese Einrichtungen die Dinge des täglichen Bedarfs als Waren am Markt erwerben müssen, sind sie den gleichen Preissteigerungen

ausgesetzt wie die Studierenden in ihrem privaten Leben.

Wenn wir die aktuellen Konflikte nicht nur als Verteilungskämpfe zwischen gesellschaftlichen Großgruppen (z.B. Klassenkonflikte), sondern als Folge der umfassenden Organisation unserer Welt als Warengesellschaft begreifen, werden die gesellschaftlichen Ursachen sichtbar. Dann zeigt sich auch, worin die Gemeinsamkeit unterschiedlichster sozialer Auseinandersetzungen liegt: Sie richten sich letztlich gegen den Warencharakter unserer Lebenswelt und die damit verbundene Prekarisierung zentraler Infrastrukturen.

Die politischen Maßnahmen der letzten Jahre – von Preisbremsen über Einmalzahlungen bis zu Subventionen für Energie oder Mobilität – greifen hingegen nur kurzfristig. Sie setzen meist darauf, die für die Konsument:innen anfallenden Preise zu deckeln, indem der Staat einen Teil der gestiegenen Kosten übernimmt, anstatt direkt in die Preisbildung einzugreifen. Zwar verschaffen solche Maßnahmen kurzfristig Entlastung, doch sie ändern nichts an den strukturellen Ursachen der Preissteigerungen. Im Gegenteil: Häufig erhöhen sie sogar die Gewinnmargen der Unternehmen und belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich, was wiederum zu weiteren Kürzungen bei sozialen und kulturellen Leistungen führen kann.

Eine grundlegende Kritik der Warengesellschaft eröffnet hier einen anderen Blick auf die sozialen Kämpfe, die im Zuge dieser Entwicklungen geführt werden müssen. Die Abwicklung des Warencharakters der für unser Leben notwendigen Güter – ob Energie, Wohnen, Bildung oder Mobilität – würde nicht nur die Lebenshaltungskosten unmittelbar senken, sondern auch den Weg für eine demokratische, am Gemeinwohl orientierte Organisation zentraler Infrastrukturen ebnen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Wo die gesellschaftliche Vermittlung über die Ware versagt, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, muss sie offensiv in Frage gestellt und durch solidarische, demokratische Alternativen ersetzt werden.

Weiterführende Literatur:

Ernst Lohoff (2022): Wer wird alles Millionär? Ursachen und Konsequenzen des aktuellen Teuerungsschubs

Ernst Lohoff (2020): Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist. Eine kleine politische Ökonomie des Immobiliensektors

Links zu den einzelnen Texten sowie weitere Empfehlungen in Audio- und Videoformat finden sich auf der Website uni-reader.de



Klima-Crash im Elfenbeinturm

Wie Wirtschaft und Wissenschaft an der Klimakrise scheitern

Die Einsicht, dass die kapitalistische Weltgesellschaft die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit auf Dauer zerstört, ist keineswegs neu. Bereits 1972 warnte der Club of Rome in seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ eindringlich vor den ökologischen Folgen eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Auch politisch wurden die Risiken kontinuierlich steigender Produktion und Ressourcenvernutzung früh erkannt: Schon 1979 fand die erste Weltklimakonferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen statt. Dennoch ist der globale Ressourcenverbrauch seither nicht etwa gesunken, sondern in alarmierendem Maße gestiegen. So hat sich der weltweite Materialverbrauch von etwa 27 Milliarden Tonnen im Jahr 1970 auf über 100 Milliarden Tonnen im Jahr 2019 nahezu vervierfacht.²¹ Der jährliche CO₂-Ausstoß erreichte 2023 mit rund 37 Milliarden Tonnen einen neuen Höchststand.²² Auch das Artensterben beschleunigt sich dramatisch: Laut dem Weltbiodiversitätsrat (IPBES) sind bis zu eine Million Arten vom Aussterben bedroht – ein Verlust, der mittlerweile selbst im Alltagsleben spürbar ist.²³

In den Natur- und Sozialwissenschaften, aber auch in der Technik, wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Erkenntnisse und Methoden entwickelt, die es ermöglichen könnten, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen systematisch zu zerstören. Beispiele dafür reichen von ressourcenschonenden Produktionsverfahren über alternative Formen der Mobilität bis hin zu neuen Ansätzen im Bereich der Energieversorgung.

21 Genauere Zahlen zu diesem Komplex finden sich im Global Resources Outlook von 2019 unter <https://wedocs.unep.org/handle/20.500.11822/27519>

22 Weitere Statistiken zu diesem Komplex finden sich auf der Seite des Global Carbon Project unter <https://www.globalcarbonproject.org/>

23 Autofahrer:innen bemerken das am sogenannten „Windschutzscheiben-Phänomen“: Windschutzscheiben sind heute nach längeren Fahrten deutlich weniger mit Insekten bedeckt als noch vor 20 Jahren. Viele Gartenbesitzer:innen klagen zudem über Bestäubungsprobleme im eigenen Garten und immer wieder bemerken aufmerksame Beobachter:innen, sie würden weniger Vogelgesang wahrnehmen. Kein Wunder: Allein in den letzten 10 Jahren wurde ein Rückgang der Vögel pro Garten um etwa 20 Prozent festgestellt.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung verweist immer wieder auf diese Potenziale und darauf, dass es nicht an konkreten Möglichkeiten mangelt, sondern an deren gesellschaftlicher Umsetzung.

Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als dass nicht zuletzt die Universitäten in den vergangenen Jahrzehnten viel Wissen darüber hervorgebracht haben, wie sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur grundlegend anders gestalten ließe. Doch woher kommt es, dass trotz dieses Wissens keinerlei politische Kurskorrektur erfolgt? Die Gründe dafür liegen nicht in einem Mangel an Innovation oder Kreativität, sondern sind grundlegend in der „Natur“ der kapitalistischen Gesellschaft angelegt. Zum einen ist das kapitalistische Gesellschaftssystem auf ständige Expansion und Verwertung ausgerichtet – eine Dynamik, die mit den endlichen Ressourcen der Erde nicht vereinbar ist. Darüber hinaus lassen sich innerhalb dieser Gesellschaft stofflich-technische Lösungen immer nur dann realisieren, wenn sie sich in die Logik von Markt und abstraktem, staatlich gesetztem Recht übersetzen lassen.

Kapitalismus und Wachstum

Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das im Kern darauf basiert, aus Geld mehr Geld zu machen. In seinem Zentrum steht nicht die Befriedigung konkreter Bedürfnisse, sondern die stetige Verwertung von Kapital.²⁴ Dieser Prozess ist untrennbar mit dem Verbrauch natürlicher Ressourcen verbunden: Um Profite zu erzielen, müssen Rohstoffe gefördert, verarbeitet und verkauft werden – die Natur dient dabei als bloßer Lieferant verwertbarer „Ressourcen“.

Die Klimakrise ist eine weltgesellschaftliche Herausforderung, die sich nur als globale Anstrengung meistern lässt. Doch die kapitalistische Weltwirtschaft ist in zahlreiche konkurrierende Unternehmen und Staaten zersplittert. Diese Konkurrenz verhindert eine koordinierte, solidarische Lösung. Warum das so ist, lässt sich auf mehreren Ebenen erklären. Im Folgenden soll vor allem die

Logik der modernen Warengesellschaft beleuchtet und untersucht werden, welche Folgen sie für das Verhältnis von Gesellschaft und Natur hat.

Im Kapitalismus herrscht eine nie endende Steigerungslogik. Die Menschen sind hier strukturell voneinander getrennt und auf den Verkauf von Waren angewiesen, um ihre Existenz zu sichern.²⁵ Wer Waren produziert, tut dies nicht, um sie selbst zu nutzen, sondern um sie zu verkaufen und im Gegenzug Geld – das allgemeine Äquivalent in der Warengesellschaft – zu erhalten. Der Konkurrenzdruck zwingt Unternehmen dazu, immer effizienter zu produzieren, technologische Innovationen voranzutreiben und so ihre Marktposition zu sichern. Diese Rationalität ist jedoch auf die einzelne betriebswirtschaftliche Einheit beschränkt und führt gesamtgesellschaftlich zu einer paradoxen Irrationalität: Während jede Firma versucht, sich Vorteile zu verschaffen, werden gesamtgesellschaftlich Ressourcen verschwendet und ökologische Schäden in Kauf genommen.

Nehmen wir ein bekanntes und leicht verständliches Beispiel: Um die eigenen Gewinne zu maximieren, wird ein im Süden Deutschlands ansässiger milchverarbeitender Großbetrieb seine Betriebsgeheimnisse hüten und mit gezielten Werbekampagnen versuchen, seine Produkte auch nördlich des Weißwurstaquators zu verkaufen. So macht sich Tag für Tag ein Lastwagen auf den Weg, um die begehrten Milchprodukte quer durch die Republik zu transportieren – etwa bis nach Lübeck.

In Lübeck wiederum gibt es ebenfalls einen großen milchverarbeitenden Betrieb. Auch dort werden die eigenen Rezepturen und Produktionsweisen sorgfältig geschützt, und auch dieser Betrieb versucht, seine Produkte in ganz Deutschland zu platzieren. Dafür werden wiederum Lastwagen beladen, betankt und auf die Reise geschickt – diesmal in die entgegengesetzte Richtung. Offensichtlich trägt dieses Vorgehen weder zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung bei, noch ist es im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen oder eines geringen Schadstoffausstoßes sinnvoll. Rational erscheint es lediglich aus der Perspektive der einzelnen Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen und Gewinne erzielen wollen. Beide Betriebe können

25

Vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader.

sich auf dem Markt behaupten – die damit verbundenen ökologischen und gesellschaftlichen Kosten spielen in dieser Logik jedoch keine Rolle. Denn sie sind (wie wir noch sehen werden) strukturell ausgelagert. Sie fallen für den jeweiligen Betrieb nicht ins Gewicht und werden deshalb auch nicht berücksichtigt.

Die betriebswirtschaftliche Konkurrenz ist also offensichtlich nicht geeignet, das gesellschaftlich vorhandene Wissen effektiv einzusetzen. Stattdessen kommt es zum sogenannten Rebound-Effekt: Technische Fortschritte, die eigentlich den Ressourcenverbrauch oder Schadstoffausstoß senken könnten, werden durch die Ausweitung der Produktion wieder aufgehoben. Jede Effizienzsteigerung führt zu einer Erhöhung der Produktion, sodass der absolute Ressourcenverbrauch stetig ansteigt.

Ein zentraler Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass die kapitalistische Dynamik aus der Beziehung von zwei ganz unterschiedlichen Aspekten unserer gesellschaftlichen Realität entsteht. Einerseits begegnen uns die Dinge des Alltags als Gebrauchswerte – sie sind nützliche Dinge, die unsere Bedürfnisse befriedigen können. Andererseits haben sie als Waren auch einen Tauschwert, da wir sie vor ihrer Nutzung am Markt kaufen müssen. Beide Seiten sind im Kapitalismus untrennbar miteinander verbunden, beschreiben aber unterschiedliche Dimensionen: Die eine richtet sich auf den konkreten Nutzen, die andere auf den abstrakten Tauschwert, der sich in Geld bemisst.

Schauen wir auf eine Ware als Gebrauchswert, steht ihre Nützlichkeit im Vordergrund. Hier setzt auch die Klimagerechtigkeitsbewegung an, wenn sie betont, dass die Möglichkeiten für eine ökologisch gerechte und sozial sinnvolle Gestaltung der Gesellschaft längst vorhanden sind – sei es in Form von Wissen, Technik oder menschlichen Fähigkeiten. Doch sobald die Ware als Tauschwert betrachtet wird, treten ihre nützlichen Aspekte in den Hintergrund. Entscheidend ist dann nur noch, ob sie sich am Markt durchsetzen lässt, ob sie „bezahlbar“ ist, ob sie in die Logik von Ware und Geld passt. Gelingt es nicht, einen Gegenstand oder eine Dienstleistung durch das Nadelöhr funktionierender Marktbeziehungen zu schleusen, bleibt ihr konkreter Nutzen gesellschaftlich bedeutungslos – unabhängig davon, wie dringend sie gebraucht oder wie leicht sie bereitgestellt werden könnte.

Wenn gesellschaftliche Veränderungen, die ökologisch oder sozial wünschens-

wert wären, nicht mit den Mechanismen des Marktes vereinbar sind, werden sie ausgebremst oder gar nicht erst angestoßen. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines grundlegenden Widerspruchs: Die kapitalistische Vermittlungsform der Ware ist nicht in der Lage, die vorhandenen Möglichkeiten und wissenschaftlichen Erkenntnisse in gesellschaftliche Realität zu übersetzen. Dieser Skandal gehört ins Zentrum jeder politischen Auseinandersetzung um Klimagerechtigkeit und gesellschaftliche Transformation.

Ein besonders anschauliches Beispiel für diesen Widerspruch ist die sogenannte geplante Obsoleszenz. Hier werden Produkte absichtlich so konstruiert, dass sie schneller verschleißt oder sich nicht vollständig nutzen lassen – etwa durch technische Schwachstellen, künstliche Funktionseinschränkungen oder Verpackungen, die dafür sorgen, dass Ketchup, Senf oder Zahnpasta in sehr großzügigen Mengen aus der Packung fließen.²⁶ Ziel ist es nicht, den Gebrauchswert für die Nutzer:innen zu maximieren, sondern den Absatz und damit den Gewinn zu steigern. Die Nützlichkeit wird also systematisch zugunsten des Profits beschnitten. Und diese Reduktion hat ihre Ursache nicht im schlechten Charakter der Beteiligten, sondern in dem systemischen Setting, in das sie eingebunden sind.

Kapitalismus und Externalisierung

Entscheidend ist hier nicht mehr, was unmittelbar zur materiellen und sozialen Reproduktion der Gesellschaft beiträgt, sondern ausschließlich das, was sich in Geldgrößen ausdrücken lässt. Wie im ersten Teil dieser Broschüre erläutert, ist das eine Folge der besonderen gesellschaftlichen Vermittlung im Kapitalismus: Weil sich Menschen hier nicht direkt, sondern über die Produkte ihrer Arbeit miteinander in Beziehung setzen, wird die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit zur maßgeblichen Größe.

26 Zur Kritik der „geplanten Verschwendungen“ vgl. Christian Kreiß: Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können. Berlin: Europa Verlag 2014. Zu dem im Text angesprochenen Phänomen vgl. vor allem S. 51f.

Die konkreten Qualitäten und Besonderheiten der einzelnen Tätigkeiten treten in den Hintergrund; entscheidend ist allein ihre Reduzierbarkeit auf Quantität, auf ein Mehr oder Weniger an „Wert“.

Karl Marx beschreibt diese Dimension als „abstrakte Arbeit“: Sie abstrahiert von den konkreten Nützlichkeiten und Besonderheiten der jeweiligen Tätigkeiten und macht sie vergleichbar und austauschbar. Daraus ergibt sich eine spezifische Form von Reichtum, die wir als „abstrakten Reichtum“ bezeichnen können. Alles, was sich nicht in diese abstrakte Form übersetzen lässt, wird im Kapitalismus gesellschaftlich abgewertet, unsichtbar gemacht oder im Zweifel auch zerstört – das gilt für ökologische Grundlagen ebenso wie für unbezahlte Care-Tätigkeiten in der Familie oder ehrenamtliches Engagement.²⁷

Der eindimensionale Charakter dieses Reichtums zeigt sich auch darin, wie er gemessen wird: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) reduziert die unzähligen Facetten gesellschaftlichen Lebens auf eine einzige Kennzahl. Das BIP ist zu Recht vielfach kritisiert worden – etwa, weil es auch gesellschaftlich schädliche Aktivitäten wie Autounfälle oder Umweltzerstörung als „Wachstum“ verbucht, während viele lebenswichtige Tätigkeiten wie ehrenamtliche Arbeit oder unbezahlte Pflege im Familienkontext gar nicht erfasst werden. Auch die Zerstörung natürlicher Ressourcen erscheint im BIP nicht als Verlust. Insgesamt ist das BIP also ein fragwürdiger Indikator, der zentrale Aspekte gesellschaftlichen Wohlstands systematisch ausblendet.

Doch das Problem liegt tiefer: Nicht die Wahl des falschen Indikators ist das eigentliche Dilemma, sondern die Form des Reichtums selbst, die unsere Lebenswelt auf reine Quantität reduziert. Für eine Gesellschaft, die auf der Vermehrung von abstraktem Reichtum beruht, ist es nur folgerichtig, einen Indikator zu verwenden, der genau das misst. Am BIP lässt sich ablesen, was grundlegend im Argen liegt – aber auch ein anderer Maßstab würde die dahinterliegenden Probleme nicht aus der Welt schaffen.

Mit der Ausrichtung des Kapitalismus auf die Unterwerfung der gesamten Welt unter die Logik des abstrakten Reichtums geht zwangsläufig die Ausblendung

²⁷ Vgl. „Wem gehört die Vernunft?“ in diesem Reader.

all dessen einher, was sich nicht in diese Logik pressen lässt. Auch die natürlichen Reichtümer der Erde werden rasch in diese abstrakte Form überführt: Sie werden in Privateigentum verwandelt und exklusiv der Nutzung durch die Eigentümer:innen zugeordnet. Diese Monopolisierung ermöglicht es, die so in „Ressourcen“ verwandelten Naturgüter zu nutzen, um daraus Gewinne – sogenannte Renten – zu erzielen. Die Geschichte des Kapitalismus ist damit auch die Geschichte einer immer weiter fortschreitenden Überführung der natürlichen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen in Waren- und Eigentumsformen.

Diese Dynamik der Externalisierung – das systematische Ausblenden und Abwälzen von ökologischen und sozialen Kosten auf die Allgemeinheit – ist kein Betriebsunfall, sondern Ausdruck der kapitalistischen Logik selbst. Was sich nicht als abstrakter Reichtum darstellen lässt, bleibt im kapitalistischen System unsichtbar oder wird als irrelevant behandelt – mit allen bekannten Folgen.

Kapitalistisches Naturmanagement

Die oben angedeutete analytische Auf trennung des Kapitalismus in eine konkrete und eine abstrakte Sphäre hat in vielen gesellschaftskritischen Theorien dazu geführt, den Gebrauchswert und die gebrauchswertschaffende, konkrete Arbeit als das Gute anzusehen, das im Kapitalismus durch die abstrakte Dimension des (Tausch-)Werts beherrscht wird. Diese Perspektive übersieht jedoch, dass auch ein Blick auf die uns umgebende Welt als Gebrauchswert bereits die Vorstellung impliziert, dass es sich um eine für den Menschen nützliche Ressource handelt, die dann bemessen, zugeschnitten und beherrscht werden kann (und soll). Sie impliziert eine (wissenschaftliche) Konstruktion, die wir als kapitalistisches Naturmanagement bezeichnen können.

Die kapitalistische Ökonomie beruht wesentlich darauf, auf frei verfügbare und beliebig kombinierbare Ressourcen zugreifen zu können. Dieser Zugriff erfolgt ohne Rücksicht auf ihre Einbettung in ökologische Zusammenhänge und setzt voraus, die Dinge als zergliederbar, berechenbar und zerstörbar zu begreifen. Was ist damit gemeint? Um die Möglichkeit des Kombinierens und Verfügens nutzen zu können, muss die Lebenswelt des Menschen als etwas aufgefasst werden, das in einzelne Teile zerlegt werden und dadurch neu angeordnet werden

kann. Das wird im kapitalistischen Naturmanagement dadurch erreicht, dass die Welt in einzelne Bestandteile zerlegt wird, die als eigenständige, d.h. voneinander getrennte, Dinge betrachtet werden. Die menschliche Lebenswelt wird zudem als etwas aufgefasst, dass rational verstehbar und zudem mathematisch berechenbar ist. Wälder z.B. werden in Bezug auf ihre Größe, ihren Waldbestand oder ihre Fähigkeit zur CO₂-Aufnahme dargestellt und verstanden. Darüber hinaus impliziert das kapitalistische Naturmanagement die Vorstellung, dass die Menschen die Dinge um sie herum als legitime Objekte für jede Veränderung wahrnehmen – was logisch auch ihre Zerstörung beinhaltet. Diese Perspektive ist die notwendige Grundlage für die Zerstörungspotenzen des Kapitalismus, die uns im Dannenröder Forst oder in Lützerath begegnet sind. Die Versuche von Politik und Wirtschaft, die Klimakrise zu verstehen und Auswege aus ihr zu entwickeln, nutzen dieses spezifische Naturverständnis als Grundlage für ihre Strategien. Und auch die wissenschaftlichen Analysen beziehen sich zumeist auf diese Prämissen. Sie haben eine spezifische Denkform entwickelt, die uns allen geläufig ist und die die Grundlage auch für das kapitalistische Naturmanagement bildet.

Kapitalismus und Wissenschaft

Um einen berechtigten Einwand vorwegzunehmen: moderne Naturwissenschaft funktioniert. Sie hat wesentliche Erkenntnisse gebracht, die für die Selbstverständlichkeiten unseres Alltags unabdingbar sind. Unsere Smartphones und Laptops funktionieren, die Glühbirnen im Vorlesungssaal erhellen den sonst dunklen Raum und mathematische Verfahren tragen viel dazu bei, die von uns genutzte Lebenswelt zu erschaffen. Die modernen Naturwissenschaften erreichen dieses Ziel, indem sie die komplexen Zusammenhänge unserer Lebenswelt auf eine spezifische Art methodisch konzipieren. Das ist ihre große Stärke, die jedoch auch das Problem mit sich bringt, bestimmte Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren, obwohl die Gegenstände der wissenschaftlichen Erkenntnis in diese Zusammenhänge eingebunden sind.

Es ist hier nicht der Ort, um eine umfassende Darstellung und Kritik der modernen Naturwissenschaften vorzulegen. Wir möchten jedoch auf einige aus-

gewählte Aspekte eingehen, die viele der gängigen Konzepte auszeichnen. Dazu zählt bspw. von in sich geschlossenen Einheiten als „natürliche“ Voraussetzung der Naturbetrachtung auszugehen. Zwischen diesen Einheiten werden dann Kausalitäten beobachtet, d.h. es wird davon ausgegangen, dass sie durch erkennbare Ursache-Wirkungs-Beziehungen verknüpft sind. Diese werden dann als „Naturgesetze“ beschrieben und es wird davon ausgegangen, dass diese Gesetze immer auf die gleiche Weise wirken und die Welt sich restlos in der Beschreibung solcher Naturgesetze darstellen lässt. Die Gesamtheit unserer Lebenswelt wäre dann als Summe aller dieser einzelnen Beobachtungen und Beschreibungen zu fassen.

Das impliziert die oben bereits erwähnte Vorstellung, dass die Welt letztlich durch ihre Berechenbarkeit bestimmt ist. Dazu dienen weitere Grundannahmen wie die Vorstellung einer bestimmten Identität der Dinge (A=A), die durch alle Veränderung hindurch doch gleichbleiben.

Um das umsetzen zu können, unterstellt die moderne Wissenschaftstheorie seit Descartes eine strenge Trennung von Subjekt und Objekt: Die Wissenschaftlerin ist das handelnde Subjekt, dass sich die Welt um sie herum unterwirft und so zurichtet, wie sie es braucht. Das Experiment gilt dabei als zentraler Mechanismus, in dem durch die Wissenschaftlerin ein Zustand geschaffen wird, in dem die sonst nur theoretisch konstruierbaren Naturgesetze „bewiesen“ werden können. Der freie Fall z.B., ein vielen geläufiges Naturgesetz, lässt sich in seiner Reinform nur im luftleeren Raum beobachten und er existiert in der freien Wildbahn für gewöhnlich nicht.

Auf diese Weise gelingt es der Wissenschaft, wie bereits erwähnt, erstaunliche Erkenntnisse zu gewinnen. Das wiederum geht mit der irrgen Vorstellung einher, es ließe sich tatsächlich die ganze Welt auf diese Weise verstehen und alle Probleme, die in dieser Welt auftreten, ließen sich durch die korrekte Anwendung der Mechanismen moderner Naturbeherrschung lösen. Das ist jedoch – letztlich – eine männliche Allmachtvorstellung.²⁸ Das wird bspw. daran deutlich, dass sich etwa im Kontext der Biodiversitätsforschung nicht alle relevanten ökologischen Zusammenhänge gleichermaßen innerhalb dieser streng formalen, empirisch messbaren Konstellation darstellen lassen. Wälder z.B. ge-

28 Vgl. „Wem gehört die Vernunft?“ in diesem Reader.

hen nicht in ihrer Funktion als Rohstofflager und CO2-Senke auf, sondern sind zudem ein wichtiger Träger von Biodiversität, tragen zur Klimaregulation bei und stellen sich als ökologische Zusammenhänge dar, die in ihrer Komplexität nicht in wissenschaftlichen Datensätzen aufgehen.

Das alles spricht freilich nicht gegen die Anwendung und Nutzung moderner Naturwissenschaften. Aber es macht deutlich, dass es wichtig ist, ihre Funktionsweisen und Mechanismen zu verstehen und sich über ihre Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlich bewusst zu werden. Darüber hinaus wäre zu fragen, inwiefern andere, jenseits dieser verdinglichten Form der Weltbetrachtung stehende Konzepte, dazu beitragen können, unser systematisches Wissen über die Welt zu erweitern, ohne dabei in esoterische Spinnereien abzudriften.

Was passiert, wenn die Politik wissenschaftliche Erkenntnisse anwendet

Die Grenzen der modernen Naturwissenschaften werden immer dann deutlich, wenn von politischer Seite versucht wird, ihre Erkenntnisse in politische Programme zu übersetzen. Denn um die Erkenntnisse verstehbar und innerhalb kapitalistischer Verhältnisse handhabbar zu machen, muss die Politik alle Probleme auf abstrakte Maßzahlen reduzieren und allgemeine Lösungen formulieren, die sich dann in abstrakt-juristische Rechtssätze übertragen lassen. Die Probleme, die dabei entstehen, lassen sich am Beispiel der politischen Theorisierung der Klimakrise sehr eindrücklich vor Augen führen.

Erst als es gelang, mit CO2-Äquivalenten verschiedene Schadstoffe auf eine gemeinsame Maßeinheit zu bringen, wurde Klimapolitik überhaupt zu einem politisch adressierbaren Thema – nun gab es eine Zahl, auf die sich Maßnahmen beziehen konnten. So wurde die Reduktion von CO2-Emissionen zum zentralen Bezugspunkt. Unterschiedliche Schadstoffe lassen sich nun in einem Index zusammenfassen, politische Maßnahmen können auf ihre Auswirkungen in Bezug auf diese abstrakte Größe abgestimmt werden.

Diese Abstraktion hat jedoch zu einer Reihe absurd er Entwicklungen geführt. So wurde jetzt begonnen, den Blick auf unterschiedliche Möglichkeiten der Energiegewinnung zu werfen und die Techniken zu bevorzugen, die bei der Produktion einen besonders niedrigen CO2-Ausstoß aufweisen. Und so gilt die Atomkraft für viele mittlerweile nicht mehr als eine Hochrisikotechnologie, die große Mengen Abfälle produziert, für die es keine Endlager gibt. Stattdessen wird sie als klimafreundliche Alternative zum Kohlekraftwerk angepriesen. Diese Sichtweise abstrahiert völlig von den spezifischen Nutzungsbedingungen der Atomkraft und betrachtet sie einzig unter der Perspektive einer abstrakt berechneten CO2-Reduktion.

Ein weiteres Beispiel ist die die Einführung einer CO2-Steuer. Diese sollte eigentlich Anreize für klimafreundliches Verhalten setzen. In der Praxis aber werden die Kosten vor allem auf die Verbraucher:innen abgewälzt. Menschen verbringen einen Großteil des Tages damit, in Unternehmen Produkte herzustellen, die für gewöhnlich ökologisch schädlich sind, und sollen dann nach Feierabend als Konsument:innen durch „kluge“ Kaufentscheidungen die Folgen ihrer kollektiven Produktion ausgleichen. Gleichzeitig zeigt sich, dass marktkonforme Preisbildung in Krisenzeiten nicht funktioniert: Sobald die wirtschaftliche Lage angespannt ist, wächst der Druck auf die Politik, die eigenen Unternehmen im globalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen – und die letzten Reste klimapolitischer Regulierung werden wieder kassiert.

Dieser Druck kommt nicht zuletzt von den Wähler:innen selbst, die um ihre Arbeitsplätze und Einkommen fürchten. So entsteht eine paradoxe Allianz von Unternehmen und Beschäftigten gegen eine konsequente Klimapolitik – auch wenn viele Arbeiter:innen und bisweilen sogar Unternehmensführungen die Notwendigkeit ökologischer Veränderungen durchaus sehen. Auf diese Weise vereint der „Standort Deutschland“ die Arbeiter:innen und die Unternehmen in einer gemeinsamen Allianz gegen Klimagerechtigkeit. Die Einbindung nahezu aller Lebensbereiche in die globale Warenordnung zwingt Menschen dazu, im Zweifel gegen ihre eigenen Überzeugungen und für die Fortsetzung des kapitalistischen Wachstumskurses zu plädieren.

In der Summe zeigt sich: Die Abstraktion, die der kapitalistischen Warenproduktion zugrunde liegt, ist keine bloße Denkfigur, sondern ein gesellschaftli-

cher Zwang. Sie verhindert, dass die vorhandenen Möglichkeiten für ein gutes Leben und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen genutzt werden. Die Herausforderung besteht daher darin, diese Logik zu durchbrechen und gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen der konkrete Nutzen und die Bedürfnisse der Menschen wieder ins Zentrum rücken können.

Die wissenschaftliche Forschung an Universitäten und anderen Einrichtungen liefert zweifellos wertvolle Erkenntnisse über Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß. Dennoch bleibt ihr tatsächlicher Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen erstaunlich gering. Ein Grund dafür liegt darin, dass sich Forschung oft auf einzelne Phänomene konzentriert, deren Potenziale im Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik kaum wirksam werden können. Besonders deutlich wird dies, wenn Naturwissenschaftler:innen neue technische Lösungen präsentieren und auf deren praktische Umsetzbarkeit verweisen – ohne zu berücksichtigen, dass es im Kapitalismus nicht auf die stofflichen Möglichkeiten ankommt, sondern auf ihre Marktfähigkeit. So bleibt das Potenzial vieler Entdeckungen ungenutzt, weil die gesellschaftlichen Strukturen ihrer breiten Anwendung im Wege stehen.

Gerade in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften werden dann regelmäßig Marktmechanismen als Lösungsweg propagiert – etwa durch die Schaffung von Märkten für sogenannte Ökosystemdienstleistungen. Der Grundgedanke ist auch hier ganz einfach: Wenn Emissionen negativ in die Bilanz eingehen, sollen Maßnahmen, die CO2 binden oder vermeiden, positiv angerechnet werden. Wer also Bäume anpflanzt oder eine Technologie zur Filterung von Schadstoffen aus dem Fabrikschlot entwickelt, trägt etwas zur Senkung des Netto-CO2-Ausstoßes bei.

Einmal verrechnet, ist es dann auch nicht mehr wirklich relevant, ob die entsprechenden Maßnahmen tatsächlich den Einspareffekt haben, der ihnen bei- gemessen wurde. Dass die neu gepflanzten Bäume in den ersten 30 Jahren eine negative CO2-Bilanz aufweisen, spielt dann ebenso wenig eine Rolle wie die Frage, ob sie in 30 Jahren noch immer an ihrem Platz stehen oder vielleicht einem Unwetter oder dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen sind. Wichtig ist, dass die Vorteile sich schon heute einpreisen und zur Herstellung von markt-

tauglichen Finanzmarktprodukten beitragen.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für diese Praxis ist der Hype um Carbon Capture and Storage (CCS), also die Abscheidung und Speicherung von CO2 direkt an der Quelle. Ob diese Technologie jemals im großen Maßstab sicher und dauerhaft einsetzbar sein wird, ist völlig offen. Dennoch werden die prognostizierten Einsparungen bereits heute in politische und wirtschaftliche Planungen einbezogen – und schaffen so neue Spielräume, um weiterhin reale Emissionen zu verursachen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden. Hier zeigt sich, wie eng die kapitalistische Logik der Profitmaximierung mit der Praxis des „Anzapfens der Zukunft“ verflochten ist, die wir bereits im ersten Teil dieser Broschüre beschrieben haben. In diesem Fall schafft die Hoffnung auf zukünftige technische Lösungen die Legitimation, politische und wirtschaftliche Prozesse nicht grundlegend verändern zu müssen.

Es wird deutlich, dass wir von der Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wenig für eine Lösung der Klimakrise erwarten können. Um für diese Herausforderung eine adäquate Antwort formulieren zu können, müssen wir die gesellschaftlichen Mechanismen und Dynamiken, die einer emanzipatorischen Transformation des Mensch-Natur-Verhältnisses im Wege stehen, angehen. Um das tun zu können, müssen wir sie jedoch zunächst verstehen. Dazu möchte diese Broschüre einen Beitrag leisten.

Weiterführende Literatur:

Ernst Lohhoff (2020): Wie Sand am Meer. Kleine politische Ökonomie des Wachstumszwangs

Norbert Trenkle (2020): Verdrängte Kosten. Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung

Julian Bierwirth (2024): Thesen zur Kritik des modernen Naturverhältnisses

Claus-Peter Ortlib (1998): Bewusstlose Objektivität. Aspekte einer Kritik der mathematischen Naturwissenschaft

Links zu den einzelnen Texten sowie weitere Empfehlungen in Audio- und Videoformat finden sich auf der Website uni-reader.de



Wem gehört die Vernunft? Wissenschaft, patriarchale Arbeitsteilung und die Konstruktion von Geschlecht

Der Beginn der modernen Wissenschaft ist eng mit der Epoche der Aufklärung verbunden. Diese brachte den europäischen Gesellschaften nicht nur Wohlstand und Wissen, sondern auch die Idee einer Gleichheit aller Menschen. So hat sich diese Idee zumindest in das moderne Selbstverständnis der aufgeklärten Europäer:innen eingeprägt. Doch wie verhält es sich tatsächlich mit der Gleichheit in der Aufklärung? Ein genauerer Blick auf das Geschlechterverhältnis bringt hier erschreckendes zu Tage.

Der Philosoph Immanuel Kant etwa befand seinerzeit, „der Inhalt der großen Wissenschaft des Frauenzimmers“ sei allzu menschlich: „Ihre Weltweisheit ist nicht Vernünfteln, sondern Empfinden.“ Ähnlich äußerte sich Georg Christoph Lichtenberg, dessen Statue heute im Zentrum der Universitätsstadt Göttingen zu finden ist: „Die Natur hat die Frauenzimmer so geschaffen, dass sie nicht nach Prinzipien, sondern nach Empfindungen handeln sollen.“

Sowohl Kant als auch Lichtenberg – und mit ihnen der Großteil der Aufklärer – verstanden Männlichkeit und Weiblichkeit als zwei streng getrennte, natürliche Wesenheiten. Demnach verkörpert der Mann die wissenschaftliche Rationalität, das „Vernünfteln“, und widmet sich der Aufgabe, die gesellschaftliche Öffentlichkeit zu beherrschen und die Zivilisation über die Welt zu bringen. Die Frau hingegen, so die allgemein verbreitete Auffassung, stehe von Natur aus der Natur nah, sei besonders empfänglich für Gefühle und deshalb für „Küche, Kinder und Kirche“ zuständig.

Würden Kant und seine Zeitgenossen heute darauf angesprochen, wie sie von der postulierten Gleichheit aller Menschen zur expliziten Abwertung der Weiblichkeit gelangen konnten, hätten sie diesen Vorwurf entschieden zurückgewiesen. Für sie sollte es einzig darum gehen, die spezielle und von der Natur zugeschriebene Rolle von Männern und Frauen zu beschreiben – das sei aber keine Abwertung, sondern gerade die Grundlage, die eine gerechte und verständige Beurteilung der Geschlechter ermögliche.

Kapitalismus und das moderne Patriarchat

Die feministische Gesellschaftskritik des späten 20. Jahrhunderts konnte überzeugend aufzeigen, dass die gängigen Vorstellungen von „den Männern“ und „den Frauen“ keineswegs uralte, unveränderliche Traditionsmuster²⁹ sind. Vielmehr hat die historische Durchsetzung der modernen Gesellschaft auch zu einer grundlegenden Transformation des ohnehin schon patriarchalen Geschlechterverhältnisses geführt. Zwar blieb die Gesellschaft patriarchal strukturiert, doch die Art und Weise, wie Hierarchisierung, Konstruktion und Abwertung von Geschlechtern vollzogen wurden, veränderte sich grundlegend.

Wie kam es dazu? Mit der Etablierung des Kapitalismus entstand eine eigenständige gesellschaftliche Sphäre, in der Menschen als isolierte, voneinander getrennte Individuen ihre gesellschaftliche Existenz primär durch ihre Arbeit herstellen: die Ökonomie. Diese Ökonomie brachte zugleich ein neues Verständnis von Zeit mit sich: Zeit wurde nicht mehr vor allem durch kulturelle Rhythmen bestimmt, sondern als abstrakte und messbare Größe in Tagen, Stunden und Minuten aufgefasst.

Diese „Ökonomie“ basiert in ihrem Kern auf dem Prinzip der Zeiteinsparung: Wer es schafft, Produkte in kürzerer Zeit herzustellen, erlangt einen wirtschaftlichen Vorteil. Allerdings ist offensichtlich, dass viele Bereiche gesellschaftlichen Lebens sich nicht sinnvoll nach dem Zeiteinsparprinzip organisieren lassen. Care-Tätigkeiten wie Kindererziehung können nicht mit der Stoppuhr in der Hand ausgeführt werden. Hier gilt vielmehr ein anderes Zeitverständnis, nämlich das der Zeitverausgabung.

Die gesellschaftliche Durchsetzung dieser eigenständigen ökonomischen Zeitsparlogik führte dazu, dass solche Tätigkeiten, die zwar gesellschaftlich notwendig, innerhalb dieser Logik aber nicht einfach darstellbar waren, daher anderweitig organisiert werden mussten.

29

Vgl. einführend Simone de Beauvoir: *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Rowohlt 1951; sowie Karin Hausen: *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben in: Werner Conze (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. Klett 1976

Diese Herausforderung konnte dadurch bewältigt werden, dass diese Tätigkeiten einer besonderen Gruppe von Menschen als vermeintlicher „Liebesdienst“ aufgebürdet wurden; Frauen wurden nun als die Gruppe von Menschen angesehen, die - mit Rückgriff auf biologistische Argumente - zu diesen Tätigkeiten berufen sein sollten. Die modernen Geschlechterstereotype, die sich zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert etablierten, ermöglichen es, eine zur kapitalistischen Ökonomie passgenau konstruierte Sphäre häuslicher Weiblichkeit zu schaffen, in der die von Natur aus als fürsorglich geltende Frau ihren „Liebesdienst“ an Mann und Kind verrichtet.³⁰

Identität, Körper, Natur

Die Transformation der Geschlechterverhältnisse, die mit der Entstehung der modernen, warenproduzierenden Gesellschaft einhergeht, verwandelt das vor-moderne Patriarchat in ein modernes „warenproduzierendes Patriarchat“ (Ros-witha Scholz). Dabei gehen Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Hand in Hand mit grundsätzlichen Verschiebungen in den ideologischen Konstruktionen und den damit verbundenen Vorstellungen von Identität.

Zentral für diesen Prozess ist die Durchsetzung neuer „Denkformen“. Menschen nehmen sich nun als „Subjekte“ wahr, die als solche eine ihnen untergeordnete Welt von „Objekten“ beherrschen. In der Frühphase der modernen bürgerlichen Gesellschaft gehörten jedoch nur bestimmte Menschen in diese Kategorie der Subjekte: weiße, besitzende Männer, die stets als heterosexuell konstruiert wurden. Nur sie galten als „vernunftbegabt“ und damit als echte Subjekte. Ihre von Gott oder der Natur (je nach damaliger Vorstellung) gegebene Aufgabe war es, die sie umgebende Objektwelt zu beherrschen – dazu zählte nicht nur die natürliche Umwelt³¹, sondern auch sämtliche nicht-weißen Menschen.

30 Bei diesen Zuschreibungspraxen handelt es sich um gesellschaftliche Zuordnungen, mit denen sich die Individuen nicht zwangsläufig identisch fühlen müssen. Trans-, Inter- und Non-binäre Personen können auf gesellschaftlicher Ebene als „Frau“ behandelt und ausgebeutet werden, auch wenn sie sich der Kategorie selbst nicht zuordnen.

31 Vgl. „Klima-Crash im Elfenbeinturm“ in diesem Reader.

Viele emanzipatorische soziale Bewegungen der letzten Jahrhunderte können als Kämpfe um die Anerkennung des Subjektstatus verstanden werden. Dies gilt nicht nur für die Arbeiter:innenbewegung, sondern ebenso für das Black Movement, die Frauenbewegung, die Behindertenbewegung sowie die vielfältigen queeren Kämpfe seit dem 19. Jahrhundert.

Die neue Form der modernen Wissenschaft verfolgte das Ziel, das vormoderne, mythische Naturverständnis zu überwinden und sich ganz auf die äußere, empirische Beobachtung zu stützen. Dies verband sich mit der Vorstellung, dass menschliches Leben im Wesentlichen ein natürlicher Prozess sei, der auf Art-erhaltung und „Reproduktion“ ausgerichtet sei. Damit sollte der als natürlich unterstellte „Volkskörper“ des modernen, kapitalistischen Staates dauerhaft als „Nation“ erhalten werden.³²

Infolgedessen wurden geschlechtliche Eigenschaften und Begehrten direkt in die Körper von zwei Geschlechtern eingeschrieben, die nun als grundlegend unterscheidbar galten: aus Menschen mit männlich oder weiblich wahrge-nommenen Rollenmuster entstanden die Kategorien „Männer“ und „Frauen“³³. Diese wurden mit charakterlichen Eigenschaften versehen, die direkt auf die Arterhaltung abzielten: Männer galten als zuständig für die Unterwerfung der äußeren Natur³⁴, während Frauen als der Natur nahestehend vorgestellt wur-den und deshalb die emotionale Absicherung der so entstehenden Kleinfamilie übernehmen sollten.

Die im 19. Jahrhundert in der Wissenschaft aufkommenden „materialistischen“ Theorien sind Teil einer Erzählung, die Menschen anhand körperlicher Merk-male in gesellschaftlich vorausgesetzte Kategorien einteilt.³⁵ Die männlich

32 Vgl. „Die globale autoritäre Formierung“ in diesem Reader.

33 Die patriarchalen Strukturen in vormodernen Gesellschaften organisierten sich über Tätigkeitsbereiche und kulturell-normative Ansprüche. Sie verlangten vor allem das richtige Verhalten von Menschen, verdichteten deren Existenzweise jedoch nicht zu einer „Essenz“ oder „Identität“, d.h. zu etwas mit den Menschen und ihrer körperlichen Existenz Verbundenem.

34 „Unterwerfung der Natur“ meint hier den gesamten Prozess der Naturbeherrschung, wie wir ihn heute kennen: Die Bearbeitung von Naturstoffen und deren Bereitstellung für den gesellschaftlichen Konsumtionsprozess.

35 Der Materialismus etwa von La Mettrie beruht im Wesentlichen darauf, die mechanisch-naturwissenschaftlichen Notwendigkeiten, die sich aus der Körperlichkeit von Dingen und Lebewesen ergeben, in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Betrachtung zur rücken. In diesem Sinne beruht die Tradition des Materialismus auf einer im schlechtesten

konnotierte Wissenschaft dieser Zeit verfolgte dabei stets das Ziel, zu definieren, was „richtige Frauen“ seien und wie sie sich zu verhalten hätten.

Die Abwehr gegen queere Praxen und theoretische Konzepte, die darauf abzielen, die als natürlich vorausgesetzte Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen, ist in dieser Konstellation begründet. Denn die als „natürlich“ angenommene Zweiteilung der Geschlechter bildet die Grundlage für ihre gesellschaftliche Hierarchisierung. Vor diesem Hintergrund ließen sich innerfeministische Auseinandersetzungen – etwa zwischen differenz-, gleichheits- und queer-feministischen Ansätzen – kritisch neu formulieren.

Die männliche Wissenschaft

Wie bereits eingangs angedeutet, spiegeln sich moderne Geschlechterstereotype auch in der Wissenschaftstradition der Aufklärung wider. Das Problem reicht jedoch weit darüber hinaus: Die naturwissenschaftlichen Beschreibungen und die gesellschaftlichen Geschlechtervorstellungen sind historisch häufig eng miteinander verwoben. Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich an zwei zentralen Persönlichkeiten der modernen Naturwissenschaft: Carl von Linné und Charles Darwin.

Carl von Linné, ehemaliger Hofarzt am schwedischen Königshof, legte mit seinem Werk *Systema Naturae* die Grundlage für die bis heute gängigen Klassifikationen der Lebewesen. In diesem Werk unterschied er Tiere, Pflanzen und Mineralien anhand der Rangstufen Klasse, Ordnung, Gattung, Art und Varietät. Dabei machte er die Fortpflanzung zum zentralen Kriterium der Einteilung. Interessanterweise unterteilte er die Tiere in sechs Klassen, wobei er für die Säugetiere eine Bezeichnung verwendete, die nur die Hälfte der jeweiligen Tiere umfasste: Nicht alle Säugetiere säugen ihre Jungen.³⁶ Diese Unterscheidung war jedoch kein Zufall. Linné möchte die Tiere aufgrund ihrer „natürlichen Eigenschaften“ klassifizieren und identifiziert das „Natürliche“ mit dem Weib-

Sinne wissenschaftlichen Verdinglichungstheorie (in der alles auf seinen Charakter als Ding bzw. Körper reduziert wird).

36 Die meisten der sog. „Männchen“ einer Tierart tun dies beispielsweise nicht.

lichen. Insofern überträgt er seine patriarchalen Vorstellungen von der menschlichen Gesellschaft auf das Tierreich.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Charles Darwin. Während seiner Weltumsegelung mit der Beagle trug Darwin die Vorstellungen des viktorianischen Zeitalters im Kopf – eine Zeit, geprägt von rigidien Geschlechterrollen und einem stark konkurrenzbasierten Gesellschaftssystem. Seine Evolutionstheorie entwickelte er vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Vorstellungen. Dabei übertrug er zunächst die Idee einer evolutionären Entwicklung durch Konkurrenz, die er bei dem wirtschaftspolitischen Klassiker Adam Smith gefunden hatte, auf die Natur. So wurde das Survival of the fittest zum Ausgangspunkt seiner Naturphilosophie und konnte von hier den Weg zurück in die Gesellschaftstheorie finden. Besonders durch Herbert Spencer wurde diese Vorstellung auf die Gesellschaft des 19. Jhds. übertragen und populär gemacht – als „Sozialdarwinismus“.

Auch Darwins Geschlechtervorstellungen sind von den gesellschaftlichen Normen des viktorianischen Englands geprägt. Die männlichen Tiere werden stets als aktiv und dominant dargestellt, die weiblichen hingegen als fürsorglich, passiv und untergeordnet. Auch hier blickte Darwin durch den gesellschaftlich geprägten Filter seiner Zeit auf sein empirisches Material und sah am Ende genau das, was seiner gesellschaftlichen Erwartung entsprach.

Gewalt und Phantombesitz

Mit der oben beschriebenen modernen Subjekt-Objekt-Spaltung und deren geschlechtlicher Besetzung sind innergesellschaftliche Herrschaftsmechanismen verbunden. Die traditionell als selbstverständlich angenommene Subjektposition des Mannes impliziert einen Herrschaftsanspruch gegenüber der Frau, die in der Ideologie häufig als durch die Natur bestimmt und damit als „Objekt“ angesehen wird. Diese Haltung spiegelte sich lange Zeit in rechtlicher Abwertung wider, infolge derer die Möglichkeiten von Frauen, sich eigenständig als selbstbestimmte Subjekte im gesellschaftlichen Raum zu bewegen, stark eingeschränkt waren. So galt in der Ehe zunächst das Wort des Mannes, und

die Frau hatte sich zusammen mit ihrem Körper seinem Willen zu unterwerfen. Dass häusliche Gewalt in Deutschland erst 1997 unter Strafe gestellt wurde, verdeutlicht die Selbstverständlichkeit dieser patriarchalen Verfügungsgewalt.

Heute sind diese rechtlichen Ungleichheiten weitgehend beseitigt. Dennoch ist der Anspruch vieler Männer, über Frauen, ihre Körper und ihr Wohlwollen zu verfügen, keineswegs verschwunden. Im Gegenteil: Besonders in einer Welt, die sich ständig umstrukturiert, in der einst selbstverständliche Privilegien verloren gehen und der eigene gesellschaftliche Status als bedroht empfunden wird, entwickeln viele Männer eine Haltung, mit der sie an die verschwundenen, aber nostalgisch verklärten Vorrechte anknüpfen wollen. Für die Bewegung der Incels ist es zentral, die Verfügbarkeit von Frauenkörpern wiederherzustellen. Auch die Kritik an Versuchen, gesetzliche Regeln zum Geschlechtseintrag zu reformieren, dient nicht zuletzt der Aufrechterhaltung der Hoheit darüber, wie eine „richtige“ Frau zu sein hat.

Die Philosophin Eva von Redecker bezeichnet dieses Phänomen als „Phantombesitz“: Zwar existiert keine gesetzliche Grundlage für den männlichen Anspruch, über weibliche Körper zu verfügen. Doch sozialpsychologisch wird dieser Anspruch von immer mehr Menschen als gegeben angenommen oder „gefühlt“ und wird dann politisch thematisiert und eingefordert. Im Kern dreht sich diese Problematik um die Frage, wer als vereinzeltes, handlungsfähiges „Subjekt“ anerkannt wird – und wer nicht.³⁷

Geschlecht, Begehr und Identität

Mit der zunehmenden Vereinheitlichung von Geschlecht und Körperlichkeit, wie wir sie bereits angesprochen haben, richtet sich die herrschende Vorstellung von Geschlechtlichkeit zunehmend auf Reproduktionsfunktion und Erhalt der Gesellschaft oder „Nation“³⁸ aus. Die „Nation“ wird damit zum zentralen Bezugspunkt aller Debatten um Geschlecht, Sexualität und Begehr.

37 Vgl. Eva von Redecker: Revolutionen für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen. Fischer 2020, S. 32ff.

38 Vgl. „Die globale autoritäre Formierung“ in diesem Reader

Dementsprechend ist es kein Wunder, dass mit der Durchsetzung dieser Geschlechterstereotype auch die Entstehung sexueller Identitäten verbunden ist. Sie sollen helfen, die amourösen Beziehungen zwischen Menschen auf ihre potentielle Fortpflanzungsfunktion zu reduzieren. Menschen werden nun nicht mehr durch ihre jeweiligen Handlungen definiert – also beispielsweise manchmal Sex mit Männern oder Frauen zu haben – sondern über eine Identität, die wiederrum mit der ihnen zugeschriebenen Begehrungsstruktur verbundenen ist. Wir haben dann nicht einfach „Sex“, sondern sind beispielsweise heterosexuell oder homosexuell. Eine Vorstellung solcher Identitätsformen finden sich in vormodernen Gesellschaften für gewöhnlich nicht.

Zugleich wandern die vermeintlichen Eigenschaften, durch welche Geschlechter bestimmt werden, in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend „in die Körper“ der jeweiligen Personen. Es gilt dann als „natürlich“, dass Männer und Frauen auf bestimmte Arten leben, lieben oder sich verhalten.

Traditionelle Befreiungskämpfe verstehen sich heute häufig als Kämpfe um die Anerkennung bestimmter, bislang abgewerteter Identitäten. Deren Erfolg bei der gesellschaftlichen Anerkennung führt jedoch zwangsläufig dazu, dass immer neue Lebensweisen, die in der nun etablierten Erzählung nicht berücksichtigt sind, ebenfalls den Anspruch erheben, als eigenständige „Identität“ anerkannt zu werden. Auf diese Weise stellt die postmoderne Identitätspolitik eine verständliche, aber auch zugleich begrenzte Antwort auf die gesellschaftliche Norm einer verpflichtenden Identität dar.

Wie soziale Kämpfe jenseits solcher Normierungen – und dennoch unter Berücksichtigung realer Abwertungserfahrungen – geführt werden können, ist eine wichtige gesellschaftspolitische Fragestellung, die einer vertieften und ernsthaften Diskussion bedarf.

Geschlechterverhältnis in der Postmoderne

Die Geschlechterbeziehungen in der aktuellen politischen Auseinandersetzung sind von vielfältigen und oft widersprüchlichen Ansprüchen geprägt. Ei-

nerseits hat eine weitgehende Integration und Anerkennung von Frauen in die bürgerlich-kapitalistische Warengesellschaft stattgefunden. Das Ausmaß dieser Integration und ihre Bedeutung für das Selbstwertgefühl sowie die Lebensperspektiven von Frauen sollten trotz der noch bestehenden Herausforderungen nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus gab es insbesondere seit den frühen 2000er-Jahren eine Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten für nicht-heterosexuelle Sexualitätsformen und nicht-binäre Identitäten.³⁹ Auch diese Fortschritte sind von großer Relevanz und darf nicht vernachlässigt werden.

Andererseits stehen dieser relativen Verbesserung in einer repressiven Gesamtgesellschaft zunehmende Angriffe von autoritären Bewegungen gegenüber. Auch wenn eine vollständige Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht ist, werden die bisherigen Verschiebungen vor allem von Teilen einer sozial und ökonomisch zunehmend prekarisierten Männlichkeit als Bedrohung und Angriff auf vermeintlich erhaltenen „Selbstverständlichkeiten“ empfunden. Die Folgen dieser Krisenreaktion lassen sich global beobachten und schlagen sich nicht zuletzt in einer nicht abreißen wollenden Welle an Femiziden nieder.

Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung werden dabei nicht als Mittel zur allgemeinen Erweiterung sozialer Möglichkeiten verstanden. Stattdessen werden sie als eine Art Eigentumstitel betrachtet und gegeneinander aufgerechnet. Die Fähigkeit, über weiblich markierte Körper verfügen zu können, ist so tief in der Selbstwahrnehmung moderner Männlichkeit verankert, dass sie reaktiviert wird, sobald die eigene gesellschaftliche Position auf einer anderen Ebene – etwa hinsichtlich sozialer Aufstiegschancen – als bedroht wahrgenommen wird.

Für soziale Bewegungen stellt sich daher die doppelte Herausforderung, zum einen die bisher erreichten Errungenschaften zu bewahren und auszubauen. Zum anderen aber auch die starren identitären Zuschreibungen, sowie die damit verbundenen Ungleichheiten hinsichtlich Arbeitsteilung und Erfahrungen sexualisierter Gewalt, kritisch zu reflektieren.

39 Auf rechtlicher Ebene seien nur beispielhaft das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft oder das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag genannt. Darüber hinaus verweist z.B. die Ausweitung der Christopher Streets Days über einige Metropolen hinaus, auf eine Erweiterung kultureller Teilhabemöglichkeiten.

Darüber hinaus gilt es für emanzipatorische Praxen, die gängige Abwertung bislang abgespaltener Tätigkeitsbereiche zu überwinden. Sowohl postkapitalistische Praxis als auch postkapitalistische Utopie müssen die bislang abgewerteten, aber für das gesellschaftliche Leben essenziellen Bereiche ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit rücken.

Weiterführende Literatur:

Roswitha Scholz (1999): Wert und Geschlechterverhältnis

Norbert Trenkle (2008): Aufstieg und Fall des Arbeitsmanns. Zur Kritik der modernen Männlichkeit

Lea Frische/ Julian Bierwirth (2010): Das Ganze und sein Gegenpart. Zur Grundlegung feministischer Staatskritik in Zeiten staatstheoretischer Hoffnungslosigkeit

Links zu den einzelnen Texten sowie weitere Empfehlungen in Audio- und Videoformat finden sich auf der Website uni-reader.de



Die globale autoritäre Formierung

Deregulierung, sozialer Kahlschlag und die wandelnde Rolle des Staates

Die Nation, eine „natürliche“ Weise des Menschseins?

Um den globalen autoritären Trend zu analysieren ist es wichtig zu verstehen, dass die zentralen Argumente der Neuen Rechten auf gesellschaftliche Institutionen abzielen, die erst mit dem Aufkommen des Kapitalismus entstanden sind.

Das gilt zunächst für die Vorstellung eines freien, mit Eigentumsrechten ausgestatteten Individuums. Historisch gesehen gibt es diese Idee erst, seitdem traditionelle Bindungen der Menschen – etwa an Familie oder Gemeinde – systematisch aufgelöst wurden. Erst mit der Durchsetzung der kapitalistischen Warenausbeutung werden Menschen als „frei“ und „gleich“ betrachtet. Und auch das Konzept der nationalen Zugehörigkeit entsteht erst in dieser Epoche. Um eine umfassende, auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft zu ermöglichen, bedarf es eines Rahmens, der diese neuen Beziehungsformen absichert. Dieser Rahmen wird ganz konkret durch den Staat geschaffen: Durch Gesetze, Polizei und Verwaltung sorgt er dafür, dass die nun vereinzelten Individuen gleichberechtigte Rechtsbeziehungen miteinander eingehen können.

Doch dabei bleibt es nicht. Es reicht nicht aus, die Menschen nur objektiv – also von außen betrachtet – zur gesellschaftlichen Teilhabe zu zwingen. Sie müssen sich auch subjektiv als freie und vor allem als gleichwertige Mitglieder einer Gemeinschaft erleben. Diese Funktion erfüllt die Nation als gedachtes Gemeinwesen: Die Idee, dass alle Deutschen einander insofern gleich seien, als dass sie Deutsche sind. Zur Begründung dieser angeblichen Gleichheit werden dann Merkmale wie Religion, Kultur oder Sprache herangezogen. Ob zum Beispiel Menschen mit verschiedenen Dialekten tatsächlich durch eine gemeinsame Sprache verbunden sind, ist dabei ziemlich fraglich. Und warum sich eine bayrische Landwirtin enger mit einem friesischen Fischer als mit ihrem Kollegen auf einer benachbarten österreichischen Alm verbunden fühlen sollte, lässt sich

nicht aus „natürlichen“ Verhältnissen ableiten. Es handelt sich vielmehr um eine historische Konstruktion, die jedoch im gesellschaftlichen Alltag außerordentlich wirksam geworden ist.

Sowohl die Idee des vereinzelten Individuums als auch die der Nation entstehen also mit der kapitalistischen Gesellschaft. Diese ist jedoch kein statisches System, sondern wird durch eine innere Dynamik und ständige Veränderungen geprägt.⁴⁰ Aus der Perspektive der nun auf sich selbst zurückgeworfenen Individuen, wird diese Dynamik oft als bedrohlich empfunden – als Gefahr, für die irgendjemand verantwortlich sein muss. Die Nation und die Familie dienen in dieser Gemengelage als scheinbar sichere Rückzugsorte, die vor den Unsicherheiten des Marktes und der kapitalistischen Ökonomie schützen sollen. Ökonomische Mechanismen werden dabei personifiziert. Das bedeutet: Komplexe gesellschaftliche Prozesse werden auf ganz bestimmte „Schuldige“ zurückgeführt.

Damit einher geht ein theoretischer Kunstgriff, den wir uns genauer ansehen sollten. Die gesellschaftliche Vermittlung erfolgt im Kapitalismus vor allem über die Arbeit: Menschen produzieren Dinge und treten über den Austausch ihrer Arbeitsprodukte miteinander in Beziehung.⁴¹ Dieser Austausch erfolgt über eine zu diesem Zweck ausgesonderte Ware, das Geld. In der nationalistischen Ideologie wird dieser Zusammenhang auseinandergelegt: Arbeit erscheint als natürlicher Prozess der Bearbeitung von Natur, während das Geld als notwendiges, aber fremdes Mittel für den Austausch dieser Produkte gilt und selbst mit „dem Ökonomischen“ gleichgesetzt wird.

Daraus ergibt sich eine Gegenüberstellung: Auf der einen Seite steht die Nation als Gemeinschaft der fleißig arbeitenden, aber ständig betrogenen Menschen. Auf der anderen Seite wird eine Gruppe imaginiert, die angeblich das Geld kontrolliert und so für das soziale Leid verantwortlich gemacht wird. Die eigentlichen gesellschaftlichen Prozesse, die dieses Leiden hervorbringen, tre-

40 Vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader

41 Dass die meisten Menschen keine andere Ware als ihre Arbeitskraft anzubieten haben, führt zu einer Dynamik, in der die Menschen ein instrumentell-verdinglichtes Verhältnis zu sich und ihrem Körper einnehmen müssen. Es ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Bestimmung, dass ihre soziale Beziehung auf Arbeit beruht. Vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ sowie „Wem gehört die Vernunft?“ in diesem Reader.

ten dabei in den Hintergrund.⁴²

Besonders deutlich zeigt sich diese personalisierende Denkweise im Antisemitismus: Hier wird das Judentum mit dem Geld identifiziert und als das „absolut Böse“ dargestellt, das angeblich „hinter“ den kapitalistischen Dynamiken stehen soll. Im 19. Jahrhundert entwickelt sich so eine besonders mächtige Verschwörungstheorie, deren absurde Logik letztlich darauf abzielt, das „absolut Böse“ – und damit die Jüdinnen:Juden – zu vernichten.

Demokratie und Staat im Zeitalter der Massenarbeit

Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaft entsteht eine ökonomische Situation, in der die Arbeitskraft zur Basisware des Systems wird. Die Verkäufer:innen dieser Ware, also die Arbeiter:innen, stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Prozesse. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft an kapitalistische Unternehmen, die das Eigentum an den Produktionsmitteln besitzen. Die Gewinne, die diese Unternehmen erzielen, basieren auf der Ausbeutung dieser Arbeitskraft.⁴³ Diese Gewinne fließen dann als Investitionen vor allem wieder in den kapitalistischen Akkumulationsprozess: In neue, bessere Maschinen, mit denen die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben.

Im Zeitraum vom späten 19. bis zum zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts be-

42 Auf diese Weise wird die gute Nation als natürliches Kollektiv verstanden, dem eine äußerliche Gruppe von Geldbesitzer:innen gegenübersteht. Die im Kapitalismus notwendig verschränkten Momente von konkreter Tätigkeit („konkrete Arbeit“) und abstrakt-gesellschaftlicher Vermittlung („Geld“) werden so nicht in ihrer Verschränkung, sondern als gegensätzliche Momente eines äußerlichen Verhältnisses begriffen. Vgl. hier zu ausführlich: Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus, online nachzulesen unter <https://www.krisis.org/1979/nationalsozialismus-und-antisemitismus/>

43 Während die Verkäufer:innen ihre Arbeitskraft verkaufen, um an die Mittel ihres Lebensunterhalts zu gelangen, kaufen die Eigentümer:innen der Produktionsmittel diese nur zu dem Zweck ein, aus ihrer Anwendung eine Vermehrung ihres eingesetzten Geldes zu ziehen. Dieser Gewinn, der zu einem Teil von den Eigentümer:innen konsumiert und zu einem anderen in die Erweiterung der Produktion investiert wird, firmiert im traditionellen Marxismus als „Ausbeutung“. Dieser Mechanismus, der die Grundlage für die Politik der Arbeiter:innenbewegung gelegt hat, setzt jedoch voraus, dass die Ware Arbeitskraft eine zentrale Rolle in der kapitalistischen Ökonomie einnimmt.

ruht die Kapitalakkumulation also auf der massenhaften Anwendung einer Ware, die verhältnismäßig demokratisch in der Gesellschaft verteilt ist. Allerdings waren die Verkäufer:innen dieser Ware zunächst noch nicht vollständig als gleichberechtigte Vertragspartner:innen anerkannt. Ohne technischen und sozialen Arbeitsschutz, ohne Sozialversicherungen und dergleichen, war ihre Ware (die Arbeitskraft) stets in Gefahr, entwertet zu werden (durch Arbeitsunfälle, Krankheit etc.). Daher waren die Kämpfe der Arbeiter:innenbewegung darauf ausgerichtet, als kollektive Eigentümer:innen dieser zentralen Ware – der Arbeitskraft – anerkannt zu werden.

Mit der weitgehenden gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeitskraft entsteht die Grundlage für die Durchsetzung demokratischer gesellschaftlicher Prozesse. Die Politik übernimmt zunehmend die Aufgabe, die Interessen aller anerkannten Warenbesitzer:innen gleichermaßen zu berücksichtigen. So wurden nicht nur die Verwertungsinteressen des Kapitals, sondern auch die Interessen der Arbeiter:innen zum legitimen Gegenstand gesellschaftlicher Regelungen – etwa durch Tarifverträge, Arbeitsschutzgesetze und Sozialversicherungssysteme.

Auch auf rechtlicher Ebene drückt sich diese Entwicklung aus: Demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien setzen sich durch. In einer Gesellschaft, in der die zentrale Ware Arbeitskraft demokratisch verteilt ist, galt es als selbstverständlich, dass deren Eigentümer:innen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess teilhaben – etwa durch Wahlen.

Damit einher geht zudem eine zunehmende Übertragung der öffentlichen Da-seinsvorsorge in die öffentliche Hand. Die lag durchaus im Interesse der unterschiedlichen Interessengruppen. Denn die öffentliche Organisation eines Bildungssystems sowie der Bau von Straßen und Elektrizitätsleitungen, sorgte für einen günstigen und verlässlichen Zugang zu den zeitgenössischen Schlüsselgütern nicht nur für die Arbeiter:innen, sondern auch für die kapitalistischen Unternehmen. Das gilt nicht zuletzt für die Ware Arbeitskraft, deren Ausbildung in staatlich finanzierten Schulen organisiert wurde. Darüber hinaus bewirkten die niedrigen Fixkosten für Strom, Wasser und Telefon, dass auch die Lebenshaltungskosten der Arbeiter:innen – und somit die Reproduktionskos-

ten der Ware Arbeitskraft – niedrig blieben. Am Ende war auf diese Weise allen Seiten gedient und die fordistische Arbeitsgesellschaft konnte auch ideologisch erblühen, weil alle Warenverkäufer:innen letztlich der gleichen Kirche angehörten (nämlich der Kirche der Arbeit).

In dieser Phase kam es zu einer zeitweiligen Verschränkung von kapitalistischer Wirtschaftsweise, repräsentativer Demokratie und Rechtsstaat. Sozialwissenschaftler:innen bezeichnen diese Epoche daher oftmals als das „sozialdemokratische Zeitalter“. Dorthin zurückzukommen ist der gemeinsame Nenner aller autoritären politischen Konzepte der Gegenwart, nicht nur in Deutschland.

Wissen und der Beginn der Krise der Demokratie

Die bislang beschriebene Situation wird jedoch durch die „mikroelektronische Revolution“ infrage gestellt. Enorme Produktivitätssprünge, die durch Computer- und Robotertechnik möglich werden, verdrängen die Ware Arbeitskraft nicht nur aus ihrer zentralen Rolle in der Fabrik, sondern auch in der gesamten Gesellschaft. Das liegt an zwei eng miteinander verknüpften Prozessen, die wir zum besseren Verständnis der polit-ökonomischen Hintergründe der aktuellen Krise der Demokratie, kurz darstellen möchten.⁴⁴

Im 19. Jahrhundert drehte sich der kapitalistische Produktionsprozess noch stark um die Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft. Das benötigte Wissen für die Produktion war vor allem in den Köpfen und Körpern der Arbeiter:innen verankert. Jede Steigerung der Produktivität und jeder neue Einsatz von Maschinen bedeutete, dass ein Teil dieses Wissens in die materiellen Produktionsbedingungen eingebaut wurde. Dadurch verlor das Wissen in den Köpfen der Menschen im Vergleich zu dem Wissen, das in riesigen Maschinenkomplexen vergegenständlicht ist, an Bedeutung. Dies machte die Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft zunehmend austauschbarer und führte zu einem Verlust ihrer Produktionsmacht.

Gesamtgesellschaftlich hat diese Entwicklung zur Folge, dass sich das Verhäl-

44 Vgl. auch Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle: Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast 2013, S. 79 – 97

nis zwischen Prozess- und Produktinnovationen verschiebt. Was ist damit gemeint? Prozessinnovationen – also technologische Neuerungen, die im Produktionsprozess eingesetzt werden – reduzieren die insgesamt notwendige Arbeitszeit. Gleichzeitig bringen Produktinnovationen neue Waren hervor, so dass neue Produktionsfelder die an anderer Stelle eingesparte Arbeit gesamtgesellschaftlich wieder ausgleichen konnten. Dass für die Produktion des einzelnen Produktes immer weniger Arbeit anfiel, spielte für die Arbeitsgesellschaft so lange keine Rolle, wie die steigende Anzahl der Produkte insgesamt eine Erweiterung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zur Folge hatte. So konnte die Arbeitsgesellschaft bisher stetig wachsen.

Mit der mikroelektronischen Revolution endet diese Dynamik jedoch abrupt. Nun erhöhte sich die Produktivität so immens, dass das so geschaffene Einsparpotenzial der Arbeit im Produktionsprozess so groß wurde, dass es für Unternehmen nicht mehr lohnenswert war, die Produktion in ausreichendem Maße auszubauen, um die eingesparte Arbeit durch eine Erweiterung der Produktion auszugleichen. Stattdessen mussten neue Warentypen die bisher zentralen Waren – Arbeitskraft und industriell produzierte Güter – ersetzen. Dies geschah zunächst durch die Liberalisierung der Finanzmärkte. Überschüssiges Kapital konnte nun in Finanzmärkte investiert werden, wodurch kapitalistische Krisenprozesse in die Zukunft verschoben wurden.⁴⁵ Diese Entwicklung stabilisierte zwar das Gesamtsystem, führte aber gleichzeitig zu einer Aushöhlung der gesellschaftlichen Stellung der Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft.

Die Abstiegsgesellschaft

Die sich daraus ergebende und bis heute wirkmächtige politische Situation lässt sich als „Abstiegsgesellschaft“ beschreiben: Während die Verkäufer:innen industriell produzierter Waren und die Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft bis in die 1970er Jahre noch weitgehend auf Augenhöhe agieren konnten („Fordismus“), hat sich das Verhältnis inzwischen deutlich zugunsten der Unternehmen verschoben. In der Folge dieser Verschiebung verändert sich das Verhältnis der

⁴⁵ Zu den grundlegenden Zusammenhängen dieser Transformation vgl. „Kapitalismus als Wissensgesellschaft“ in diesem Reader.

unterschiedlichen Gruppen von Warenverkäufer:innen zueinander. Die Möglichkeiten zur unternehmerischen Gewinnerzielung (durch den Verkauf industriell produzierter Waren) und die Teilhabemöglichkeiten der Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft stellen sich zunehmend als asymmetrisch dar. Damit geht eine Polarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse einher.⁴⁶ Dadurch driften gesellschaftliche Gruppen auseinander, und das Versprechen eines allgemeinen sozialen Aufstiegs innerhalb der Verhältnisse lässt sich immer weniger erfüllen.

Diese Entwicklung liegt nicht an einer Vernachlässigung von Arbeitskämpfen durch die politische Linke. Deren Niedergang wäre vielmehr (im gesellschaftskritischen Sinne „materialistisch“) aus der wirtschaftlichen Veränderung zu erklären, welche die Bedeutung der umkämpften Ware Arbeitskraft erfahren hat. Seit den 1980er und verstärkt seit den 1990er Jahren lösen sich die sozialen und rechtlichen Standards zunehmend auf, die den Verkauf der Arbeitskraft regulierten. Maßnahmen wie die Einführung von Leiharbeit und die aktuell geführten Debatten über längere Arbeitszeiten sind zentrale Beispiele hierfür. Ganz offensichtlich fällt es (nicht nur in Deutschland, sondern global) immer schwerer, die bisherigen Standards aufrechtzuerhalten, je stärker sich die Verkaufsbindungen der zugehörigen Ware verschlechtern. Hier wird einmal mehr deutlich, welche einschneidenden Folgen die Organisierung der Welt über das Prinzip der „Ware“ mit sich bringt.

Diese Verschiebung führt auch zu einer Auflösung des sozialen Zusammenhalts, der bisher durch Arbeit hergestellt wurde. Es lösen sich allgemeine, ver-

46 Die Dynamiken, die wir hier nur andeuten können, führen sowohl zu einem Auseinanderdriften der Klassen und einer stärkeren Betonung individueller Positionierungen innerhalb dieser Klassen. Mit dem Begriff „Klassen“ werden in der Marxschen Kapitalismuskritik unterschiedliche funktionale Gruppen von Warenverkäufer:innen bezeichnet. Die Verkäufer:innen industriell produzierter Waren firmieren als „Kapitalist:innenklasse“, die Verkäufer:innen der Ware Arbeitskraft hingegen als „Arbeiter:innenklasse“. Durch die angedeuteten Transformationen haben sich nicht nur vielfache Binnengegensätze in diese Klassen eingeschoben, es hat zudem die ökonomische Bedeutung anderer Klassen (z.B. die der Grundeigentümer:innen als Verkäufer:innen der Ware Boden, die der Finanzkapitalist:innen als Verkäufer:innen der Ware Kapital oder die der Verkäufer:innen von Informationswaren (Software etc.)) zugenommen. In der Folge erscheint die Klassentheorie nicht länger als Mittel zur Präzisierung emanzipatorisch zu benennender Konfliktlinien, sondern als rechtstumpfes, binnenkapitalistisches Instrument zur Beschreibung innerkapitalistischer Konfliktlagen.

bindliche gesellschaftliche Normen zunehmend auf; demokratische Selbstverständlichkeiten werden zurückgebaut, mittlerweile sogar unter Mithilfe konservativ-demokratischer Parteien wie der CDU. In manchen Industriestaaten des „globalen Nordens“ zeigt sich dieser Prozess als ein schrittweiser Zerfall staatlicher Autorität, die stattdessen durch mafös agierende Cliquen ersetzt wird. Während dieser Zerfall in Russland schon lange fortgeschritten ist, sind auch in den USA und zunehmend in Deutschland alarmierende Zeichen dieses Trends erkennbar – etwa durch die zunehmende Ignoranz gegenüber politischem Fehlverhalten, das früher Skandale ausgelöst hätte.

Die autoritäre Krisenerzählung

Vor dem beschriebenen sozial-politischen Hintergrund entsteht eine autoritäre Krisenerzählung, die sich in vielen Weltregionen erstaunlich ähnlich darstellt. Dabei wird auf die eingangs dargestellten Vorstellungen vom vereinzelten, mit Verfügungsmacht über Eigentum ausgestatteten (meist männlichen) Individuum ebenso zurückgegriffen, wie auf die Konstruktion einer nationalen Gemeinschaft. Auch in den aktuellen autoritären Zeitdiagnosen wird die Gesellschaft gedanklich in zwei Gruppen geteilt: Auf der einen Seite steht das „gute“, arbeitende und wohlmeinende Volk, auf der anderen eine als natürlich angenommene äußere Gefahr. Diese Bedrohung wird meist mit internationalen Handels- und Finanznetzwerken sowie einem abgehobenen politischen Establishment im eigenen Land verbunden. Auf eine explizite Verknüpfung dieser Stereotype mit direkt antisemitischen Bildern wird derzeit zumindest in den Mainstream-Debatten noch verzichtet, bei den ideologischen Stichwortgeber:innen finden sie sich freilich zuhauf.

Diese Erzählung greift reale polit-ökonomische Wandlungen auf, etwa die neue Phase der finanzmarktdominierten Kapitalakkumulation. Gerade weil sie allgemeine Erfahrungen von Marginalisierung und Abstiegsängsten thematisiert, kann sie derartig wirkmächtig werden. Doch die autoritäre Erzählung interpretiert diese Entwicklungen nicht als Reaktion auf die tiefgreifende Krise des traditionellen, arbeitszentrierten Kapitalismus seit den 1970er Jahren. Stattdessen beharrt sie auf der Vorstellung, die politischen Eliten hätten das „gute, arbeiten-

de Volk“ willentlich und bewusst an skrupellose, gierige Finanzjongleure „verraten“.

Das politische Ziel dieser Krisenerzählung ist die Rückkehr zur alten, fordistischen Ordnung der 1950er und 60er-Jahre. Einerseits sollen die vermeintlichen Eliten entmachtet werden. Andererseits soll die Marktposition der einheimischen, männlichen Arbeitskraft gestärkt werden – unter anderem durch massenhafte Abschiebungen und eine Rückbesinnung auf die vermeintlichen Zuständigkeiten von „Frauen“ für Küche, Kirche und Kinder.

Wir sollten diese Vision allerdings nicht als realistische politische Perspektive zu verstehen, die sich in der globalisierten kapitalistischen Welt durchsetzen könnte. Der Kapitalismus ist über diese Phase längst hinausgewachsen und sie wird sich auch nicht staatlich-administrativ wieder herstellen lassen. Darüber hinaus wäre eine Rückkehr in die bornierte Enge der 1950er-Jahre auch gesellschaftspolitisch alles andere als wünschenswert.

Trotzdem erfüllt diese Erzählung eine wichtige ideologische Funktion. Sie spricht Menschen als einzelne Individuen an, die ihren Lebenssinn daraus ziehen, über die Dinge in ihrer Lebenswelt zu verfügen und diese zu kontrollieren. Diese Vorstellung versetzt insbesondere den weißen Mann in eine Wunschwelt, in der er als legitimierter „Platzanweiser“ für alle Dinge gelten kann, die als nicht handlungsfähiges Subjekt angesehen werden. Genau deshalb gehen mit dieser Haltung Misogynie, Naturzerstörung und rassistische Politik so häufig Hand in Hand. Hinter all dem steht somit ein Aushandlungsprozess, in dem die Grenze zwischen dem handlungsfähigen Warensubjekt und der objektivierten Natur immer wieder neu bestimmt werden soll.

Antiautoritäre Alternativen

Die politische Linke steht dieser gesellschaftlichen Konstellation derzeit recht hilflos gegenüber. Es ist offensichtlich, dass die traditionellen, identitätsstiftenden Konzepte der Klassenpolitik heute nicht mehr funktionieren und auch nicht mehr funktionieren können. So wichtig es ist, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, so klar zeigt sich auch, dass diese Strategie immer weniger ausreicht, um deren Lebensstandard dauerhaft zu abzusichern. Eine emanzipatorische Perspektive kann deshalb nur jenseits der Warengesellschaft liegen.

Dabei lassen sich einige zentrale Prämissen herausarbeiten, von denen im Folgenden zwei skizziert werden sollen. Zum einen geht es darum, soziale Kämpfe tatsächlich selbstbewusst zu führen. Diese Kämpfe sollten aber nicht als Integrationskämpfe in die herrschende Klassengesellschaft verstanden werden – also nicht als Kämpfe um bessere Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft –, sondern als Kämpfe, die bewusst auf eine gesellschaftliche Perspektive jenseits der Warengesellschaft zielen. Kämpfe etwa für Arbeitszeitverkürzung, also um eine Verringerung der Zeit, in der ich mich als Ware verkaufen muss, bieten Perspektiven für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Frage, wie wir eigentlich Leben wollen. Kämpfe für eine solidarische und vergesellschaftete öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Care) bieten gute Ansatzpunkte, um die Reproduktionskosten der Arbeitskraft – und folglich die Lohnabhängigkeit – zu senken und so die Verkäufer:innen dieser Ware in eine bessere Position zu bringen.

Darüber hinaus sollte die politische Praxis stets darauf ausgerichtet sein, gesellschaftliche Mechanismen zu schaffen, die verallgemeinerbar sind. Sicherlich ist es richtig, dass die herrschenden Formen gesellschaftlicher Allgemeinheit im Rahmen des Kapitalismus für emanzipatorische Prozesse nur eingeschränkt nutzbar sind: Staat, Arbeit, Markt und Geld stellen keine brauchbaren Leitbilder für eine befreite Gesellschaft dar. Denn sie vereinheitlichen die sozialen Beziehungen auf ein einzelnes Prinzip, über das sich die Gesellschaft organisieren soll. Aber völlig gleich, ob es sich bei diesem Prinzip um „Geld“ oder „Arbeit“ handelt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass eine Befreiungsperspektive ohne eine Vorstellung von einem emanzipatorischen „Universalismus“ zu haben ist.⁴⁷ Vielmehr muss es darum gehen, die bisher repressiven Formen gesellschaftlicher Allgemeinheit durch progressive, demokratische und antiautoritäre Beziehungsweisen zu ersetzen. Wie dies theoretisch und praktisch gelingen kann, wird eine zentrale Aufgabe für politische Kontroversen innerhalb einer befreiungsorientierten Linken sein.

Wir hoffen, dass diese Diskussionen und Auseinandersetzungen bald beginnen werden.

⁴⁷ Der Begriff des Universalismus stammt aus dem Zeitalter der Aufklärung und bezeichnet hier zumeist den Anspruch, die Vielfalt der Wirklichkeit auf ein einzelnes, ordnendes Prinzip zurückzuführen. In diesem Sinne wohnt der warenproduzierenden Gesellschaft ein negativer Universalismus inne, denn in dieser Gesellschaft wird ja tatsächlich die gesamte Wirklichkeit auf das Prinzip von Kaufen und Verkaufen heruntergebrochen. Unabhängig von der berechtigten Kritik an der damit einhergehenden Vereinheitlichungstendenz der kapitalistischen Moderne wird eine emanzipatorische Bewegung jedoch nicht ohne allgemeine und verbindliche Vorstellung von Autonomie und Freiheit auskommen können. In diesen emanzipatorischen Praxen müsste sich die Freiheit nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Beziehungen, sondern gerade durch die emanzipativen Beziehungsweisen vollziehen.

Weiterführende Literatur:

Ernst Lohoff (2020): Wie Sand am Meer. Kleine politische Ökonomie des Wachstumszwangs

Norbert Trenkle (2020): Verdrängte Kosten. Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung

Julian Bierwirth (2024): Thesen zur Kritik des modernen Naturverhältnisses

Claus-Peter Ortlib (1998): Bewusstlose Objektivität. Aspekte einer Kritik der mathematischen Naturwissenschaft

Links zu den einzelnen Texten sowie weitere Empfehlungen in Audio- und Videoformat finden sich auf der Website uni-reader.de

